

Dresdner Volksblatt

Postfachkonto: Dresden
Rz. 1268, Raben & Comp. Organ für das Volk

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der

Wählt
SPD., Liste 219

Im Einverständnis mit dem Eigentümer, ist es durch einen Eintrag in das Verzeichnis der Dresdner Volksblätter...

Preis: 10 Pf. monatlich...
Abonnement: 30 Pf. vierteljährlich...

Vertrieb: Dresden, Hauptbahnhof...
Telefon: 12345

Druck: 100 mm breite Komposition...
Papier: 40 Pf. u. 2.00 Pf.

Nr. 52

Dresden, Donnerstag, den 2. März 1933

44. Jahrgang

Wo bleiben die Beweise?

Erneute Erklärung der Sozialdemokratie gegen die falsche Beschuldigung

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands teilt mit:

Die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 ist am Abend desselben Tages im Hunsdorf u. a. auch mit der Behauptung begründet worden, es bestünde „der begründete Verdacht, daß im Zusammenhang mit der Brandstiftung eine Verbindung zu Parteistellen der Sozialdemokratischen Partei bestanden habe“.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat sich bisher vergeblich bemüht, zu erfahren, auf welchen Tatbestand sich dieser angeblich begründete Verdacht stützt. Es ist ihm darüber noch immer nichts bekannt, als daß der Anstifter des Reichstagsbrandes, dem amtlichen preussischen Pressedienst zufolge, „die Verbindung mit der Sozialdemokratischen Partei zugegeben haben soll“.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erklärt darum nochmals, daß jene Behauptung des festgenommenen Verbrechers, mit der die völlige Unterbindung der sozialdemokratischen Wahlarbeit begründet wird, eine Unwahrheit ist.

Der ungleiche Kampf

Die gedroffene Presse

Wer vermüchte zu sagen, wann die letzten Sicherungen des Rechtszustandes verwinden, der durch Jahrzehnte in Deutschland landesüblich war und nach der Beendigung des Weltkrieges, wenn auch unter Schwierigkeiten, wieder befestigt wurde?

Augenblicklich ist die Unsicherheit das Wesentliche. Sicherheit des einzelnen und der Gesamtheit ist demnach völlig in der Luft. Eine Notverordnung, eine Ausfuhrungsverordnung folgt der anderen. Die folgende enthält immer schärfere Bestimmungen als die vorhergehende. Betrachtet man keine Zeit mehr, ihre Bemerkungen niederzuschreiben. Was in dieser Stunde noch als geltendes, wenn auch notverordnetes Recht angesehen werden konnte, ist in der nächsten bereits außer Kurs gesetzt. Das Volk, das am 5. März über sein Geschick für viele Jahre abstimmen soll, wird in tiefen Schichten auf Plakaten und den Titelseiten der rechtsbürgerlichen Blätter mit erlassenen und angefügten Verboten übersättigt. Die ganze sozialdemokratische Presse in Preußen und ein Teil im übrigen Reich ist unterdrückt. Kein auffällendes Wort kann den sozialdemokratischen Wählern in diesen Teilen des Reiches gesagt werden. Versammlungen werden gleichfalls aufgelöst oder von vornherein verboten. Neuerdings werden die Massenverhaftungen auch auf Sozialdemokraten ausgedehnt, nachdem bereits Hunderte von kommunistischen Funktionären in Schußhaft fielen.

Derweil wird im Zusammenhang mit dem Reichstagsbrand eine Schauermär nach der anderen ins Land gejagt. Aus unbestimmten Andeutungen in amtlichen oder halbamtlichen Veröffentlichungen machen die Gebärden- und Gerüchtsträger nicht nur bestimmte Tatsachen sondern sie vergrößern und vergrößern sie in unverantwortlicher Weise. Der als Brandstifter verhaftete Maurer von der Lubbe aus Holland soll gefanden haben, daß er Beziehungen zur Sozialdemokratischen Partei gehabt hätte. Diese vage Behauptung eines in seiner Persönlichkeit durchaus unbekanntes Mannes muß dazu herhalten, der Sozialdemokratie Begünstigung eines Attentats gegen den Reichstag nachzureden mit einer Beharrlichkeit, die kaum in der Attentatsbegehung von 1878 ein Vorbild findet! Dabei weiß jedes Kind, daß die Sozialdemokratie seit je den entscheidenden Kampf gegen den Terror und für die Meinungsfreiheit gekämpft hat.

Es liegt auf der Hand, daß im Augenblick die Kräfte mehr als ungleich verteilt sind. Mit Verordnungen, die Todes- und Zuchthausstrafen für eine Reihe von Delikten verhängen, die sonst mit wesentlich niedrigeren Strafen bedacht waren, wird zweifellos der Eindruck erweckt, als wenn der Landesverrat oder ähnliche Dinge gewissermaßen landesüblich in Deutschland wären. Wer das jedoch annimmt, befindet sich auf einem Irrwege. Was mit den Todes- und Zuchthausverordnungen im tiefsten begründet wird, bleibt einseitig dunkel. Und mehr als Vermutungen darüber anzustellen wäre unbillig, zumal die augenblicklich herrschende „Freiheit der Meinungsäußerung in Wort und Schrift“ dem ohnehin Schwierigkeiten bereitet.

Der Zustand der absoluten Unsicherheit im öffentlichen und privaten Leben, wie er durch die neuesten Notverordnungen mit ihren bisher unbekanntes Möglichkeiten des Eingriffs in die Rechte der Person und des Eigentums gekennzeichnet wird, ist allerdings so geartet, daß er nicht auf sehr lange Frist ertragen werden kann. Besonders nicht von einem Volke, das bisher an demokratische Selbstbestimmung gewöhnt war und sicher in seinen breitesten Schichten nicht daran denkt, auf sie für immer Verzicht zu leisten. Vielleicht gibt es hier und da Volkstriebe, die sich durch die Fülle von abenteuerlichen Erzählungen, die jetzt offen unter der Hand verbreitet werden, eine Zeitlang beeinflussen lassen. Aber auf die Dauer erträgt auch der politisch wenigst informierte in Deutschland nicht den Zustand, der jetzt über ihn hereingebrochen ist. Die Tatsache, daß die amtliche Propaganda — unterstützt von freiwilligen Helfern — mit aller Macht gegen die Sozialdemokratie gerichtet ist, gleichgültig aber die Verteidigungsmittel der Angegriffenen unterdrückt werden, macht auch Blinde sehend.

Für die wenigen Tage, die bis zur Wahl bleiben, steht einem großen Teil der sozialistischen Wählerhafter kost mit

Eine Erklärung an den Oberreichsanwalt

Im Auftrag des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei und des Vorstandes der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion überreichte der Geschäftsführer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Abgeordneter Dr. Herz, dem Oberreichsanwalt am Mittwoch die Erklärung des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei, in der die Behauptung über eine Verbindung zwischen dem Brandstifter im Reichstag und der Sozialdemokratischen Partei oder der Reichstagsfraktion als unwahr bezeichnet wird. Er erklärt zugleich, daß der Abgeordnete Wolf als Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei und der Abgeordnete Dr. Breitscheid als Vorsitzender der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, wie auch alle übrigen Mitglieder der Vorstände dem Oberreichsanwalt jederzeit zur Verfügung ständen. Er hat um sofortige Bernehmung dieser Personen.

Der Oberreichsanwalt nahm diese Erklärung zur Kenntnis. Er bemerkte jedoch, daß er zur Zeit Schritte nicht unternehmen könne, da ihm die Ermittlungsakten noch nicht vorliegen.

Abfrage an Hugenberg

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Feinig hat an den Reichsminister Hugenberg als Reichskommissar für die Dithilfe folgenden Brief gerichtet.

„Sehr geehrter Herr Minister! Mit Bezug auf die von Herrn Minister a. D. Reuhaus an meinen Parteifreund Wissell und mich gerichtete Aufforderung zur Teilnahme an der Regierungskommission zur Untersuchung der Dithilfe teile ich Ihnen gleichzeitig namens meines Parteifreundes Wissell folgendes mit: Solange die Sozialdemokratische Partei auf Grund der Aussage eines Verbrechers diffamiert und ihr die Möglichkeit zur Führung des Wahlkampfes genommen ist, sind wir nicht in der Lage, und an einer von der Reichsregierung geführten Untersuchung der Dithilfe zu beteiligen.“

Uebefälle, Besetzungen, Verhaftungen

Auch heute liegt wieder eine solche Fülle von Meldungen und Berichten über Maßnahmen und Aktionen gegen die Sozialdemokratie vor, daß es unmöglich ist, auch nur alle Mitteilungen kurz zu registrieren. Im ganzen Reich, in allen Staaten, in fast allen Städten, in unzählbaren Orten sind entweder Verbote, Hausdurchsuchungen, Beschlagnahmen, Verhaftungen, Besetzungen erfolgt oder es werden Uebefälle, Zusammenstöße usw. mitgeteilt. Die folgenden Meldungen sind nur Beispiele.

8. Breslau, 1. März. (Eig. Draht.) Am Mittwoch wurden bei mehreren Führern der Eisernen Front in Breslau sowie im Cefer Wohnung wieder Hausdurchsuchungen vorgenommen, die sämtlich ergebnislos verliefen. Von den Führern der Eisernen Front in Breslau wurde auch der technische Leiter des Ortsvereins Breslau des Reichsbanners, Siller, verhaftet. Ingesamt sind in der schlesischen Hauptstadt im Laufe der letzten beiden Tage 27 führende Funktionäre der Linksparteien festgenommen worden. Bei den Durchsuchungen in den Räumen von Organisationen der SPD. und KPD. beschlagnahmte die Polizei 120 Zentner Druckschriftenmaterial. Alle angelegten Versammlungen der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei in Breslau wurden auf Grund der Notverordnung vom 4. Februar verboten.

8. Breslau, 1. März. (Eig. Draht.) Am Mittwoch wurden bei mehreren Führern der Eisernen Front in Breslau sowie im Cefer Wohnung wieder Hausdurchsuchungen vorgenommen, die sämtlich ergebnislos verliefen. Von den Führern der Eisernen Front in Breslau wurde auch der technische Leiter des Ortsvereins Breslau des Reichsbanners, Siller, verhaftet. Ingesamt sind in der schlesischen Hauptstadt im Laufe der letzten beiden Tage 27 führende Funktionäre der Linksparteien festgenommen worden. Bei den Durchsuchungen in den Räumen von Organisationen der SPD. und KPD. beschlagnahmte die Polizei 120 Zentner Druckschriftenmaterial. Alle angelegten Versammlungen der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei in Breslau wurden auf Grund der Notverordnung vom 4. Februar verboten.

M. Braunschweig, 1. März. (Eig. Draht.) Der braunschweigische Innenminister Rogas hat alle im Freistaat Braunschweig erscheinenden kommunistischen und sozialdemokratischen Druckschriften sowie Aufträge, öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel und in geschlossenen Räumen und Mitgliederversammlungen der SPD. und KPD. verboten. Das Verbot gilt zugleich für alle der SPD. und KPD. angeschlossenen Organisationen, wie Reichsbanner und Eisernen Front.

Gleiwitz, 1. März. (Eig. Draht.) In Gleiwitz drangen SA-Leute in die Geschäftsstelle der sozialdemokratischen Ober-schlesischen Volksblätter, rissen die aufgehängten Zeitungen herunter und drohten den Angestellten mit Schlägen für den Fall des Widerstandes der Zeitungen. Dann zog der Trupp zum Arbeitamt und verlangte dort, daß nur noch an Nationalsozialisten Wahlfahrtsgebelber ausgegeben werden sollen. Mehrere kommunistische Arbeiter wurden vor dem Arbeitamt niedergebrosen und schwer verletzt.

Oblau, 1. März. Ortsstrenge Nationalsozialisten, die sich auf dem Wege zu einer Tagungsbegrüßung nach Breslau befanden, verhielten am Mittwoch in Oblau schwere Gewalttaten. Die Falkenkreuzer terrorisierten die ganze Stadt und schlugen Passanten, die als Sozialdemokraten oder Reichsbannerleute bekannt sind, wahllos nieder. Dann verschaffte sich ein Trupp von SA-Leuten gewaltsam in das in einer kleinen Gasse gelegene Ortsbüro der NSDAP. Eingang. Die Wohnung zerstörten sie Tür und Mißhandlungen zwei im Büro anwesende Personen. Einer erhielt einen tiefen Lungenstich, der andere wurde ebenfalls schwer verletzt. Ein anwesender Polizeibeamter griff nicht ein. Der Bürgermeister von Oblau erklärte gegenüber Gewerkschaftsvertretern, daß er gegen diese Ausschreitungen nichts ausrichten könne und machtlos sei.

Kaas gegen Kulturschande

Eine mutige Erklärung

Frankfurt a. M., 1. März.

In einer großen Zentrumstagung in Frankfurt a. M. sprach der Zentrumsführer Prälat Kaas:

„Das ganze Leben ist heilig, und das Leben eines armen Mannes ist nicht weniger wertvoll als das Leben irgendeines anderen Deutschen, auch eines, der uns nahesteht (Bravoure). Unsere Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie hat die weltanschaulichen Spannungen nicht beseitigt. Aber lassen Sie mich gerade als Zeiger sagen: Ich wünsche den heiligen Kampf bis zum letzten. Wer diesen Kampf der Stahlschneide, der Revolution und der langen Messer halte ich für eine große Kulturschande!“

nach die Werbung von Mann zu Mann, von Mund zu Mund zur Verfügung. Das ist zweifellos ein ungleicher Kampf. Aber die Massen der Sozialdemokratie sind an zähe Arbeit für ihre Sache gewöhnt. Sie werden auch die letzten Tage mühevoll zur Vorbereitung für die Freiheit und das Recht — im Bewußtsein, daß man wohl das Wort verliert, niemals aber den Geist, denn das Wort nur Ausdrucksform ist.

Verfügung an die Länder

Der Reichsminister des Innern, Frick, hat auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28. Februar 1933 sämtliche Landesregierungen ersucht, alle kommunistischen periodischen Druckschriften bis auf weiteres zu verbieten, ebenso alle Versammlungen und Aufzüge der SPD, auch Versammlungen in geschlossenen Räumen. Er hat ferner die Landesregierungen ersucht, alle kommunistischen Druckschriften einschließlich Flugblätter und Plakate sofort zu beschlagnahmen und einzuziehen.

Dieser Verfügung sind bisher nachgekommen: Bayern, Sachsen, Oldenburg, Anhalt, Braunschweig, Mecklenburg und wohl auch die anderen Staaten.

Die Berliner Regierungspresse meldet, daß in zwei Tagen sämtliche Mitglieder des Reichstages der SPD verhaftet werden sollen. Ihre Adressen habe man im Reichstagsgebäude in die Hände bekommen. Die Mitglieder hätten zum Teil ihren Wohnort in einzelnen Orten des Reiches gehabt.

In Darmstadt sind 46 Kommunisten und mehrere Zettelverleiher der „Roten Front“ verhaftet worden. Gegen sie sind 32 verhaftete Kommunisten, Bielefeld 24, Molsdorf 21, Kugsburg 10, Bielefeld 6 usw. In Thüringen sind auch die kommunistischen Landtagsabgeordneten verhaftet worden.

Eine Polizeimeldung besagt: In Bielefeld sind von der österreichischen Bundespolizei am Mittwoch morgen zwei Russen angehalten worden, die aus Deutschland kamen. Da sie zur Zeit des Reichstagsbrandes vermutlich in Berlin weilten, werden sie gegenwärtig einer eingehenden Vernehmung unterzogen, um festzustellen, ob sie mit der Brandlegung in dem Reichstagsgebäude in irgendeinem Zusammenhang stehen.

Ueber die Pläne für die kommunistischen Abgeordneten ist eine Auszahlungssperre verhängt worden, so daß die am 1. März fälligen Beiträge für den neuen Monat an die Mitglieder der kommunistischen Reichstagsfraktion nicht mehr ausgezahlt werden sind. Der finanzielle Effekt dieser Maßnahme ist allerdings mager, da die Reichstagsabgeordneten nur noch bis zum Bruchtag, also bis zum 5. März, Anspruch auf Aufwandsentschädigung haben.

Zum Diskutieren!

Frage den Nationalsozialisten,

was er zu dem Ausspruch Adolfs Hitlers sagt: „14 Jahre Marginalismus haben Deutschland ruiniert!“ Frage ihn, ob er weiß, was in dieser Zeit wirklich geschehen ist.

Sage ihm, daß die Sozialdemokratische Partei in diesen 14 Jahren nur 5 Jahre an der Regierung beteiligt und dabei immer in der Minderheit war. Die Sozialdemokratie hat vorwärtsgerückt und zu besserer Lage, aber niemals allein den entscheidenden Einfluß gehabt.

Ueber vier Jahre waren die Freunde des Herrn Hitler, des jetzigen Reichsführers, und des Herrn Hugenberg, des jetzigen Reichswirtschafts- und Ernährungsministers, in der Regierung. Cuno als Reichskanzler, Herrg. Schleier, v. Kuehnelt und v. Schleffen als Minister, Dr. Schacht als Reichsbankpräsident.

Frage den Nationalsozialisten, ob ihm bekannt ist, daß sich in diesen Jahren unter 88 Reichsministern nur 13 Sozialdemokraten, aber 73 Nichtsozialisten befanden haben.

Frage ihn, ob ihm nicht bekannt ist, daß in diesen 14 Jahren die Wirtschaft nicht von Marginalien, sondern von Freunden Hitlers und Hugenbergs geführt worden ist. Nenne ihm die Namen Thyssen, Kierberg, Stünes, Borjg, Böglar, Otto Wolff, Kahnen, Silberberg, Silnesberg, Dulsberg.

Sage dem Nationalsozialisten weiter, daß die Sozialdemokraten, also die Marginalen, ungeheuer viel für das wirtschaftliche Volk erreicht haben, obgleich sie nur zum kleinsten Teil an der Regierung beteiligt waren.

Nenne ihm im einzelnen: Uneingeschränkte politische Teilhabe. Gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht für alle Männer und Frauen über 20 Jahre. Aufhebung der Gefährlichkeitsverordnungen. Einführung der Arbeitslosenversicherung. Lohnschutz und Tarifwesen. Verkürzung der Arbeitszeit. Erhöhung der Renten und Invalidenfürsorge. Einführung der Wohnraumbauunterstützungen und des Sittengeldes. Erweiterung der Krankenversicherung. Erweiterung der Unfallversicherung. Abmilderung des Zwangsmaßnahmen. Mieterrecht gegen Zwangsmaßnahmen. Bau von geländen Wohnhäusern. Errichtung von Einamilien- und Kleinwohnungen. Siedlung auf dem Lande. Sportplätze und Bäder in Stadt und Land. Erneuerung des Schulwesens. Öffnung der Kulturstätten für das Volk.

Zuletzt aber sage ihm, daß diese Errungenschaften teilweise oder ganz erst dann verlorengegangen sind, nachdem die Nationalsozialisten an die Macht gekommen und die parlamentarische Tätigkeit verbotener haben.

Görings Erklärungen

Wo bleiben die Beweise gegen die SPD?!

Minister Göring hat gestern in einer Rundfunkrede die neuen Regierungsmaßnahmen begründet und einiges von dem Material erzählt, das der Polizei bei kommunistischen Ausstellungen in die Hände gefallen sei. Der Amtliche Pressedienst sagt das in einer Meldung folgendermaßen zusammen:

Das preussische Ministerium des Innern erklärt zu der Vorbereitung der Reichsregierung gegen die kommunistische Gefahr vom 28. Februar, daß in ihr verschiedene Verbrechen unter besonders schweren Umständen seien aus Gründen einer voll erwiesenen großen und tiefen Gefahr und eines unumkehrbaren und sorgfältig vorbereiteten Entschlusses auf kommunistischen Terror. Deutschland sollte in das Chaos des Sozialismus gestürzt werden. Vordankschläge gegen einzelne Führer des Volkes und Staates, Attentate gegen lebenswichtige Betriebe und öffentliche Gebäude, Vergiftung ganzer Gruppen besonders gefährdeter Personen, das Abfangen von Briefen, von Frauen und Kindern hervorragender Männer sollte durch und Entsetzen über das Volk bringen und jeden Widerstandswillen des Bürgertums lähmen.

Der Kommissar des Reiches, Reichsminister Göring, wird

in allerhöchster Weise der Öffentlichkeit die Dokumente vorlegen, die die Notwendigkeit aller getroffenen Maßnahmen belegen. Es findet lediglich noch eine Sitzung des überaus umfangreichen Materials statt und eine letzte Prüfung im Hinblick darauf, daß durch die Veröffentlichung die Staatssicherheit nicht noch mehr gefährdet werden darf.

Die Sozialdemokratie muß von den verantwortlichen Behörden vor allem fordern, daß nunmehr gelagt wird, worin denn die „Verbindungen“ zwischen der verbrecherischen Brandstiftung oder dem Brandstiftung und der SPD, bestehen sollen! Bis heute ist auch nicht einmal eine Andeutung über die Art der angeblichen Verbindung gemacht worden. Man darf darum annehmen, daß die Behauptungen dieses Propagandaleiters, Spitzels oder Spioniers auf sehr schwachen Füßen stehen. Denn wenn diese angebliche Verbindung so zu belegen wäre, daß die Verlage eine Belastung für die Sozialdemokratie bedeuteten, dann wären sie von dem Brandstifter wohl längst geliefert worden. Auch unsere Gegner dürfen angesichts dieses Schweigens der Behörden wohl nun mit Sicherheit annehmen, daß es sich bei dieser „Verbindung mit der SPD“ um ein haltloses und unbeweisbares Gerücht eines verbrecherischen Propagandaleiters handelt.

Aufklärung, Herr Minister!

Sogar die Deutsche Allgemeine Zeitung fordert Tatsachenmaterial!

Diese Forderung erhebt heute sogar die ganz rechts stehende Deutsche Allgemeine Zeitung. Wir geben diese Ausführungen des sozialistenfeindlichen Blattes der Schamerindustrie ohne jede Zusatzbemerkung wieder. Es schreibt:

An dem Erlass des Herrn kommissarischen Ministers des Innern, Göring, heißt es nämlich, durch das Geständnis des holländischen Sportfaktisten, der irrtümlich genug war, das Verbrechen im Reichstag zu begehen, sei „die kommunistisch-sozialdemokratische Einheitsfront offenbar Tatsache geworden“. Das Geständnis soll darin bestehen, daß der Brandstifter eine „Verbindung mit der SPD“ zugegeben hat. Mit diesen beiden Begründungen wurde, wie aus dem Wortlaut eindeutig hervorgeht, die gesamte sozialdemokratische Presse freigesprochen einschließlich der Zeitschriften, Flugblätter und Plakate der Partei für vierzehn Tage, also bis nach dem Wahlag, verboten. Der sozialdemokratische Parteivorstand hat gegen die hier erhobenen Verduldungen scharfen Protest eingelegt. Das würde uns nicht besonders aufregen, denn der Protest war ja in jedem Falle fallig. Was jedoch das ganze deutsche Volk sehr nahe angeht, das ist die Frage als solche. Von kommunistisch-sozialdemokratischer Einheitsfront haben wir außer in einigen Reden, Zeitungsartikeln und Beschlüssen

anträgen bisher wenig bemerkt. Wer die öffentlichen Äußerungen der zwei Parteien gut verfolgt hat, war auch in der allerletzten Zeit eher über das Maß der Erbitterung erstaunt, das den Nachbarn, von hüben und drüben, entgegengebracht wurde. Daß aber jene Einheitsfront, ein politisches Ziel mancher Literaten auf beiden Seiten, sich ausgerechnet zum Zwecke einer Brandstiftung im Deutschen Reichstag gebildet haben sollte, das ist außerordentlich unwahrscheinlich. Wir fürchten, daß eine genaue Nachprüfung der Voraussetzungen jener Bemerkung des Herrn Reichskommissars für das Innere die Unhaltbarkeit dieses Vorwurfs beweisen wird. Wenn das der Fall ist, so wäre es besser gewesen, ihn gar nicht zu erheben. Soweit wir jedenfalls sozialdemokratische Arbeiter kennen, sind sie über die Brandstiftung im Reichstag ebenso empört, wie irgendeine andere Schicht des deutschen Volkes. Wir richten daher an den Herrn Reichskommissar die Bitte, der Öffentlichkeit sobald wie möglich das Tatsachenmaterial zu unterbreiten, das eine einwandfreie Urteilsbildung über diese wichtige Frage ermöglicht. Die Staatsgewalt, deren rücksichtsloses Eingreifen gegen die kommunistische Partei überall begrüßt wird, muß Unterschiede zu machen verstehen und sich der alten politischen Weisheit bedient sein, daß man, im gegebenen Falle, den Kreis der Feinde nach Möglichkeit klein halten soll.

Hochverrat und Landesverrat

Die neue Verordnung mit den verschärften Strafbestimmungen

Die Verordnung des Reichspräsidenten gegen Verrat am deutschen Volke und hochverräterische Umtriebe ist vom 28. Februar 1933 datiert und hat folgenden Wortlaut:

Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet:

1. Abschnitt

Verhängung der Vorurteile gegen Landesverrat und Verrat militärischer Geheimnisse

§ 1 Wer Landesverrat oder Verrat oder Auspöhlung militärischer Geheimnisse begeht, kann bestraft werden:

- 1. bei schwerem Verrat militärischer Geheimnisse (§ 1 Abs. 3 des Gesetzes gegen den Verrat militärischer Geheimnisse) mit dem Tode;
- 2. bei Landesverrat nach § 92 Abs. 1 StGB. und bei Verrat militärischer Geheimnisse nach § 1 Abs. 1, 2 des Gesetzes gegen den Verrat militärischer Geheimnisse mit dem Tode oder mit lebenslangem Zuchthaus;
- 3. bei Auspöhlung militärischer Geheimnisse (§ 8 des Gesetzes gegen den Verrat militärischer Geheimnisse) mit dem Tode oder mit lebenslangem Zuchthaus oder mit Zuchthaus bis zu fünfzehn Jahren.

§ 2

1. Wer durch Fälligung oder Verfälschung Gegenstände, deren Geheimhaltung vor einer ausländischen Regierung im Falle der Gefahr für das Wohl des Reiches erforderlich wäre, in der Absicht herstellt, sie einer ausländischen Regierung bekanntzumachen oder öffentlich mitzuteilen, wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren bestraft.

2. Ebenso wird bestraft, wer Gegenstände oder Nachrichten, von denen er weiß, daß sie falsch sind, und deren Geheimhaltung vor einer ausländischen Regierung im Falle der Gefahr oder Abwehr für das Wohl des Reiches erforderlich wäre, der

ausländischen Regierung bekanntmacht oder öffentlich mitteilt, ohne sie als falsch zu bezeichnen.

3. Wer sich Gegenstände der im Abs. 2 bezeichneten Art in der Absicht beschafft, sie einer ausländischen Regierung bekanntzumachen oder öffentlich mitzuteilen, ohne sie als falsch zu bezeichnen, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft.

4. Sind mildere Umstände vorhanden, so tritt Gefängnis nicht unter einem Jahr ein.

§ 3

1. Wer Gegenstände oder Nachrichten, deren Geheimnis vor einer ausländischen Regierung für das Wohl des Reiches erforderlich wäre, wenn sie nicht bereits der ausländischen Regierung bekannt oder öffentlich mitgeteilt worden wären, öffentlich mitteilt oder erörtert und dadurch das Wohl des Reiches gefährdet, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft. Es macht keinen Unterschied, ob die Gegenstände oder Nachrichten echt oder falsch, wahr oder unwahr sind.

2. Die Tat wird nur auf Antrag der Reichsregierung verfolgt. Die Zurücknahme des Antrags ist zulässig.

§ 4

Auf Verbrechen und Vergehen gegen die § 2, 3 dieser Verordnung finden die Vorschriften des § 4 Abs. 2 Nr. 2 des Strafgesetzbuches Anwendung.

2. Abschnitt

Verhängung hochverräterischer Umtriebe

§ 5

1. Ist bei einem Hochverrat die Tat darauf gerichtet, die Reichsgewalt oder die Polizei zur Erfüllung ihrer Pflicht unzulässig zu machen, das Deutsche Reich und seine Länder gegen Angriffe aus ihren äußeren oder inneren Bestand zu schützen, so ist auf die in den § 81 bis 86 StGB. angeordnete Zuchthausstrafe zu erkennen.

2. Bei milderen Umständen ist die Strafe in den Fällen des § 81 StGB. Zuchthaus, in den Fällen des § 83 bis 86 StGB. Gefängnis nicht unter einem Jahre, in den Fällen des § 85 StGB. Gefängnis von einem bis zu drei Jahren.

§ 6

1. Wer eine Druckschrift, deren Inhalt durch Aufforderung oder Anreizung zum gewalttätigen Kampf gegen die Staatsgewalt oder zu dessen Vorbereitung oder durch Aufforderung und Anreizung zu einem hochverräterischen Verbrechen dienenden Streik in einem lebenswichtigen Betriebe, Generalstreik oder anderen Massenstreik oder in anderer Weise den Tatbestand des Hochverrats (§ 81 bis 86 StGB.) begründet, herstellt, verbreitet oder zum Zwecke der Verbreitung vorräufig hält, obwohl er bei sorgfältiger Prüfung der Schrift den strafbaren Inhalt hätte erkennen können, wird, soweit nicht in anderen Vorschriften eine schwerere Strafe angedroht ist, mit Gefängnis von einem Monat bis zu drei Jahren bestraft.

2. Auf Gegenstände, die zur Vergehung eines nach dieser Vorschrift strafbaren Verbrechens gebraucht oder bestimmt sind, findet § 86a StGB. entsprechende Anwendung.

Im dritten Abschnitt (Vorschriften über Zuständigkeit und Strafverfahren) wird bestimmt, daß in den zur Zuständigkeit des Reichsgerichts gehörenden Strafsachen die im vorbereitenden Verfahren dem Amtsrichter obliegenden Geschäfte auch durch einen oder mehrere besondere Ermittlungsjuristen des Reichsgerichts vorgenommen werden können.

Ist eine Druckschrift beschlagnahmt worden, weil der Inhalt den Tatbestand einer zur Zuständigkeit des Reichsgerichts gehörenden strafbaren Handlung begründet, so hat, wenn ein Ermittlungsrichter des Reichsgerichts bestellt ist, dieser über die Festhaltung oder Aufhebung der vorläufigen Beschlagnahme an Stelle des Amtsrichters zu entscheiden. Die Entscheidung muß unverzüglich herbeigeführt werden. Gegen den Beschluß des Ermittlungsrichters, der die vorläufige Beschlagnahme aufhebt, steht dem Oberreichsanwalt die sofortige Beschwerde mit aufschiebender Wirkung zu.

In den zur Zuständigkeit des Reichsgerichts gehörenden Strafsachen entfällt die Voruntersuchung, wenn der Tatbestand einfach liegt und sie darum nach dem pflichtmäßigen Ermessen des Oberreichsanwalts für die Vorbereitung der Hauptverhandlung nicht erforderlich ist. Das Reichsgericht kann jedoch nach der Einreichung der Anklageschrift von Amts wegen oder auf Antrag des Angeklagten die nachträgliche Eröffnung einer Voruntersuchung beschließen, wenn ihm dies zur besseren Aufklärung des Sachverhalts oder für die Vorbereitung der Verteidigung des Angeklagten geboten erscheint.

§ 6 (der die Druckschriften betrifft) dieser Verordnung tritt mit dem Tage nach der Verkündung in Kraft. Im übrigen tritt die Verordnung mit dem vierten Tage nach der Verkündung in Kraft.

Die angekündigte Verordnung über die Verschärfung der Strafen für sogenannten Landesverrat ist erschienen, und wie zu erwarten war, ist vorgesehen, daß in gewissen Fällen auf Todesstrafe erkannt werden kann. Die Straf-

Bestimmungen über Landesverrat waren ursprünglich nur für den Fall vorgesehen, daß ein Deutscher eine fremde Regierung zu einem Krieg gegen Deutschland zu veranlassen sucht, während eines Krieges eine feindliche Regierung in irgendeiner Weise unterstützt oder wer dem Ausland Mitteilungen über militärische Dinge übermittelt, die geheim zu halten sind. In der Vorkriegszeit wurden die Bestimmungen über Landesverrat nur gegen Leute angewandt, die für Geld der Spionage anderer Länder Vorschub leisteten. So findet man auch in der Anwendung von Strafgesetzbuchparagrafen im Kampfe gegen die Sozialdemokratie, eine Bedeutung für das politische Leben hatten die Bestimmungen über den Landesverrat nicht.

Das ist in der Nachkriegszeit wesentlich anders geworden. Nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts wurden nicht nur dann Strafen verhängt, wenn Mitteilungen über Maßnahmen erschienen, die von Reichswehrstellen im Rahmen ihrer gesetzlichen Befugnisse durchgeführt wurden, sondern es konnten auch als Landesverrat Veröffentlichungen bestraft werden, die sich mit nach den bestehenden Gesetzen nicht zulässigen Maßnahmen beschäftigten. So galt es z. B. seinerzeit als Landesverrat, wenn in der Öffentlichkeit Angaben über die sogenannte schwarze Reichswehr gebracht wurden, ganz gleich, ob dabei etwas Falsches oder etwas Wichtiges behauptet wurde.

Bei Besprechungen über die Rüstungsfrage wies man im Ausland schon wiederholt auf die rechtsstehenden deutschen Wehrverbände hin. Deshalb muß sehr stark

damit gerechnet werden, daß sich Gerichte auf den Standpunkt stellen, auch Mitteilungen über Vorgänge bei den rechtsgerichteten Wehrverbänden seien Landesverrat, weil die Geheimhaltung derartiger Vorgänge für das Wohl des Reiches erforderlich wäre.

Besonders bedenklich ist die ganz allgemein gehaltene Bestimmung, daß wer über Gegenstände berichtet oder Nachrichten verbreitet, deren Geheimhaltung vor einer ausländischen Regierung für das Wohl des Reiches erforderlich wäre, mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft werden kann, ganz gleich, ob diese Mitteilungen richtig oder falsch sind. Eine Verfolgung soll nur auf Antrag der Reichsregierung erfolgen. Diese Bestimmung kann so angewandt werden, daß Veröffentlichungen bestraft werden, die ihrem Verbreiter völlig harmlos erschienen sind. Damit sind willkürlichen Auslegungen Tür und Tor geöffnet, und der ungeheuerliche Fall wäre möglich, daß auch Mitteilungen über wirtschaftliche Vorgänge, Bankrotte usw. von den Gerichten als strafbar erklärt werden.

Es hängt völlig von dem Befinden der Reichsregierung und der von ihr angerufenen Gerichte ab, was strafbar ist und was nicht. Solange diese Bestimmung in Kraft ist, wird man in Deutschland, auch wenn die sonstigen Ausnahmegesetze beseitigt werden, von einer Pressefreiheit nicht mehr reden können. Gleichzeitig entsteht durch solche Verordnungen eine Rechtsunsicherheit, die auf die Dauer unhaltbar ist.

festgenommen worden, von denen 80 zur weiteren Feststellung ins Polizeipräsidium eingeliefert wurden.

Zwei Kommunisten niedergeschlagen
Ein Mann erschossen - eine Frau verletzt

amb. Berlin, 2. März. Im Norden Berlins wurden Mittwochs nachmittag vor einem kommunistischen Versammlungsorte von unerkannt entkommenen Männern mehrere Schüsse abgegeben. Von den Angeln wurden die 34-jährige Frau Lohse und ein 59-jähriger Arbeiter erschossen. Ein weiterer Arbeiter ist inzwischen an den Folgen seiner schweren Verletzungen gestorben.

Die Ruffen zu Unrecht verdächtigt

amb. Linz, 2. März. Zu der gemeldeten Festnahme zweier Ruffen wegen Verdachtes der Mitgliedschaft bei der Kronbrüder im Deutschen Reichstagsgebäude wird von der Bundespolizeidirektion in Linz mitgeteilt, daß aus Berlin eingetroffene Nachrichten den Verdacht nicht erhärten konnten. Die Entlassung der beiden Ruffen zur Weiterreise nach Wien steht bevor.

Japans Angriffe auf Jehol

Nach den letzten japanischen Meldungen aus der Kampfzone in der chinesischen Provinz Jehol seien die Japaner ihren Angriff auf die Stadt Jehol von Tschifong und Lingjau aus fort. In dem Abschnitt von Tschifong nähert sich Kanakawa unter dem Befehl des Generals Kame der Stadt von Nordosten und die Armees des Generals Katsuda von Südosten. Beide Truppenteile haben chinesische Truppen in Stärke von 10.000 Mann in das im Westen liegende hart gebirgige Gebiet abgedrängt.

amb. Peking, 2. März. Die chinesischen Streitkräfte bei Jehol sind von vier Bombengeschwadern zu je acht Flugzeugen angegriffen worden. Die chinesische Verteidigungsarmee konnte aber gehalten werden. Durch die Einschläge der schweren Bomben sind die mit Geschützen besetzten Hügel im Kampfgebiet völlig abtrüffelt worden. Die Stadt liegt in Trümmern.

Der Bankenzusammenbruch in USA

amb. New York, 2. März. Rumor haben auch die Gouverneure der Staaten Louisiana, Mississippi, Kalifornien und Oklahoma ein Bankenmoratorium erklärt.

Eine Meldung aus Washington besagt, man nehme an, daß der neue Kongreß im März zu einer Sondertagung einberufen werde, um Geheime zur Bekämpfung der Bankentriebe zu beschließen.

Berliner Produktienbörsen vom 1. März

28 2	1 3	28 2	1 3
[ab märkische Station in Westf.]		[ab märkische Station in Westf.]	
198-200	118-120	28 50-27 00	28 50-27 00
158-155	15-155	20 90-22 75	20 90-22 75
172-180	172-180	8 7-9 00	8 7-9 00
125-128	125-128	8 75-9 00	8 75-9 00
Handelsrechtliche Lieferungsbedingungen am 1. März			
Weizen 198-200 (Vorigen 198-200), März 21 1/4-21 3/4 (21 1/2 bis 21 3/4), Mai 21 1/4-21 3/4 (21 1/4-21 1/4), Tendenz: prompte Verladung fest, Lieferung fest.			
Roggen 167-168 (167-167 1/2), Mai 169 1/2-170 (169 1/2), Tendenz: prompte Verladung fest, Lieferung fest.			

Wasserstände der Eger, Elbe und Moldau

Wasserstand	1 2 3	Wasserstand	1 2 3
Moldau, Wittenberg	21 + 23	Elbe, Wittenberg	21 - 22
Moldau, Wittenberg	20 + 22	Elbe, Wittenberg	20 - 21
Moldau, Wittenberg	19 + 21	Elbe, Wittenberg	19 - 20
Moldau, Wittenberg	18 + 20	Elbe, Wittenberg	18 - 19

Dresdner Kalender Theater am 3. März

Opernhaus
Bühnenleitung: Herr von Helldorf
[List of plays and cast members]

Alberttheater
[List of plays and cast members]

Schauspielhaus
[List of plays and cast members]

Freibühne
[List of plays and cast members]

Freibühne
[List of plays and cast members]

Freibühne
[List of plays and cast members]

Verordnung über Krankenkassen

Berlin, 1. März. Amtlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinett hat über das Krankenkassenwesen eine Verordnung verabschiedet, die sofort in Kraft trat. Dabei handelt es sich um die Umgestaltung des Aufsichtswesens. Die Reichsregierung wird ermächtigt, zur Vereinfachung und Vereinheitlichung der Aufsicht über die Krankenkassen die Befugnisse der Krankenkassenvereine zu erweitern, die sich auch auf die Aufsicht über die Krankenkassenvereine erstrecken. Die Verordnung wird nach in dieser Woche veröffentlicht werden. In ihr ist auch enthalten, daß die Krankenkassenvereine die Befugnisse der Krankenkassenvereine zu lösen brauchen (Arbeitslose, Rentempfänger usw.), ebenfalls von der Befugnispflicht befreit werden.

Die letzte Verordnung erstreckt sich nicht auf die privaten und auf die Unfallkassen, die weiterhin dem Aufsichtsamte für Privatversicherung unterstehen.

Wir haben es also zunächst nur mit zwei Tatsachen zu tun: mit der Ermächtigung der Krankenkassenvereine auf 25 Prozent und mit der Aufhebung einer Reform des Krankenkassenwesens. Wie diese "Reform" aussehen wird, darüber kann man sich auf Grund der Mitteilungen noch kein Bild machen. Möglich, daß das neue Regiment versucht, eine grundsätzliche Umgestaltung im Sinne der von der Jugendberufsstelle schon lange kolportierten Ideen von Darr zu vorzunehmen. Die Garphischen Ideen sollen auch beim "Stahlhelm" Eingang gefunden haben. Unter diesen Umständen wäre es für Jugendberuf um so leichter, bei einer Krankenkassenneugestaltung das entscheidende Wort zu sprechen.

Eine grundsätzliche Neugestaltung des Krankenkassenwesens läßt sich kaum übers Knie brechen. Die vollständige Beseitigung der Krankenkassenvereine dürfte also noch einige Zeit auf sich warten lassen.

Verbote

M. Dessau, 1. März. (Fig. Draht.) Das Druckereigebäude des Volksblattes für Anhalt ist am Mittwoch von der Dessauer Polizeiverwaltung geschlossen worden. Die Räume wurden verriegelt.

Die sozialdemokratische Volkswacht in Verburg und ihr Kopfblatt, der Volkswille in Cöthen, sind bis einschließlich 1. März vom anhaltischen Staatsministerium verboten worden. Das demokratische Berliner S.-Hr.-Abendblatt ist am Mittwoch auf 14 Tage verboten worden.

SV. über'alt e'n Gewerkschaftshaus

Bitterfeld, 1. März. Am Dienstag vormittag brangen etwa 20 Nationalsozialisten in das Gewerkschaftshaus ein. Dabei ging eine Zerstörung sowie ein Teil der Inneneinrichtung in Trümmer. Ein an der Außenfront des Hauses hängendes Balkentransparent sowie die Fahne der Gewerkschaft wurden dem Tode übergeben. Ferner wurde die Scheibe eines Schaufensters eingeschlagen. Das Überfallkommando brauchte nicht mehr einzugreifen. Transparent und Fahne wurden von der Polizei sichergestellt.

Der Streikstreik in Oesterreich

A. Wien, 1. März. (Fig. Draht.) Als Antwort auf die Erklärung der österreichischen Bundesbahndirektion, sie könne die Gehälter an ihre Angestellten nicht mehr ordnungsgemäß auszahlen, ist am Mittwoch die gesamte Eisenbahnerchaft aller Parteilösungen in einen zweitägigen Streik getreten. Der Streik wurde in ganz Oesterreich lückenlos durchgeführt. Die Regierung beauftragte den Streik mit der Verhaftung der Streikleitung.

Letzte Nachrichten

Auf 14 Tage verboten

Chemnitz, 2. März. Die sozialdemokratische Volksstimme ist am Mittwoch für die Dauer von 14 Tagen verboten worden.

Auch die Leipziger Volkszeitung verboten

Wie uns soeben mitgeteilt wird, ist auch die Leipziger Volkszeitung ohne Angabe von Gründen auf unbestimmte Zeit verboten worden.

Die SPD-Presse in Mecklenburg-Schwerin verboten

amb. Schwerin, 2. März. Der mecklenburg-schwerinische Minister des Innern hat heute die gesamte sozialdemokratische Presse von Mecklenburg-Schwerin für die Zeit vom 3. bis mit 9. März verboten.

Chefredakteur Stampfer verhaftet

amb. Berlin, 2. März. Auf Beschluß des Reichskabinetts ist der Abgeordnete und Chefredakteur des Vorwärts, Stampfer, wegen einer von ihm unterzeichneten Erklärung im Sozialdemokratischen Pressebüro zur Vernehmung in Haft genommen worden.

Verhaftungen in Thüringen und Oberpfalzen

Flugzeuge und Automobile für die Polizei gelistet
amb. Weimar, 2. März. Die nach den Vorgängen in Berlin von der Thüringischen Regierung bereits am 28. Februar getroffenen Maßnahmen sind durchgeführt. 400 Funktionäre der SPD sind zunächst in polizeilichen Gewahrsam genommen worden. U. a. ist mitgeteilt worden, daß die in Thüringen stationierten Flugzeuge auf Anforderung der staatlichen Polizeiverwaltungen gegen angemessene Entschädigung zur Verfügung zu stellen sind. Für Privatgewerbe können sie an ihrem Standort mit Genehmigung des Luftüberwachungsamtes benutzt werden. Privatkraftfahrzeuge, Kraftwagen und Personenzüge und Automobile sind auf Anforderung der staatlichen Polizei gegen angemessene Entschädigung tagelange zur Verfügung zu stellen.

amb. Weimar, 2. März. Wie der Regierungspräsident mitteilt, sind in der vergangenen Nacht im oberpfälzischen Industriegebiet 140 Funktionäre der SPD festgenommen worden.

Polizeiaktion gegen die Baukner Kommunisten

Die Baukner politische Polizei nahm mit Unterstützung der uniformierten Polizei heute vormittag bei den Funktionären der Baukner SPD, und ihrer Nebenorganisationen (Kauktionen) vor und beschlagnahmte in den Wohnungen der Funktionäre sowie in den Büros der SPD, und der Internationalen Arbeiterhilfe erhebliche Mengen Material, das zur näheren Sichtung nach dem Polizeiamt gebracht wurde. Etwa zehn kommunistische Funktionäre wurden bis jetzt in Schutzhaft genommen. Die Sichtung des Materials wird ergeben, ob zur Verhaftung geschritten wird. Die Aktion dauerte in den Mittagsstunden noch an.

Auch in J'tau Kommunistenverhaftungen

amb. J'tau, 2. März. In Verfolg von Durchsuchungen bei kommunistischen Funktionären wurden heute früh fünf weitere Kommunisten verhaftet und dem Amtsgericht J'tau zugeführt. Außerdem wurden zwei kommunistische Führer in polizeilichen Gewahrsam genommen. Die Parteilokale wurden polizeilich geschlossen.

Der Vergleichsvorschlag beim Wareneinkaufverein Bauern angenommen

Im Vergleichsverfahren des Wareneinkaufvereins zu Baupen, E. G. m. b. H., fand Donnerstag vormittag unter Vorsitz des Herrn Amtsgerichtsrats Dr. Thiele in den Kronstädten in Baupen der Gerichtstermin über den Vergleichsvorschlag statt. Der Vergleichsvorschlag sieht den Wareneinkauf um 40 Prozent zu, zahlbar in drei Raten von je 13 1/3 Prozent in den Jahren 1933 und 1934; die Gläubiger aus Sparanlagen sollen 70 Prozent ihrer Forderungen erhalten, zahlbar in Raten vom 1. Januar 1935 an.

Der Vertrauensmann der Genossenschaft, Rechtsanwalt Dr. Schuster, teilte mit, daß spätestens am 1. Juli 1933 die Rentabilität der Genossenschaft auf Grund der eingeschlagenen Sparmaßnahmen gemindert ist, so daß aus dem Bruttogewinn mindestens 4 Prozent jährlich zur Erfüllung des Vergleichs für die Gläubiger zurückgestellt werden können. Es wurde mitgeteilt, daß der Vergleichsvorschlag als angenommen gilt, da die notwendige Zahl der Zustimmungserklärungen, nämlich 60 Prozent der Anzahl der Gläubiger und 80 Prozent der Summe nach, erreicht ist.

Wieder 150 Festnahmen in Berlin

amb. Berlin, 2. März. Im Laufe des gestrigen Tages und der vergangenen Nacht sind wegen Aufforderung zu Gewalttätigkeiten, oder Streik, wegen Verbreitung verbotener Druckschriften, wegen verbotener Geldsammlungen und Verbreitung von Waffenbesitz sowie Teilnahme an verbotenen Versammlungen und anderer politischer Delikte 150 Personen

Qualität und dazu preiswürdig kauft man in den Dresden Fleischhallen Ecke Amalien- und Serrestraße.

Ein Scharaffenland für die Dresdner Raucher

hat sich in meinen Geschäften Landhausstraße 3, Amalienstr. 9, Seestr. 19, schrägüber Breite Str., aufgelöst. Dort erhalten Sie geradezu unerhört billige Cigaretten in Großformat und von ausgezeichneter Qualität. Schlager zu 3, 5, 7, 8 und 10 Pf. Die müssen Sie probieren! Johannes Richter, Dresden A, „Polda“, die 2.-Pf.-Cigarette für Alle, 50 Stück M. 1,- [w133]

Fleisch billig Floßstr. 52, direkt an der Leipziger Straße... [w133]

Möbel

Küchen, Schlafzimm., Speisezimmer, usw. usw. Sportbillig und bis 20% Rabatt. Möbelhaus Al. Markt, Webergasse 1 Dresden 91. 1933

Familienanzeigen

erreichen nur dann ihren Zweck, wenn sie von Freunden und Bekannten beachtet und gelesen werden. In unserer Zeitung ist das der Fall. Dresden Volkszeitung

Li-Mu, D-K-H, Radelsburg. Ab Freitag Carl Ludwig Harry Piel Gitta Alpar Trude v. Molo Die unsichtbare Front Harry Piel Das Gespensterschiff Gitta Alpar Max Hansen Die oder Keine

Ungezuckerte Süßweine. Labial für Kranke, Genesende, Schwache. Tokajer Ausbruch, edelst., naturrein kleine Fl. 1.30 Malaga-Weine, direkt eingeführt, als gepflanzte 1880er, 1890er, 1900er, 1910er, 1920er 10.-1.50 Sherry-Xeres von Bodegilla, Jerez, Gonzalez Blass, Jerez de la Frontera 8.-1.80 Douro-Portwein, weiß, rot, feine Qualitäten 8.-2.00 Oronofa-Wein, rot, süß, feurig 12 alte 2.70 Epikur-Muskat-Wein, goldrot, süß 2.50 Süßweine vom Faß Liter 1.30 C. Spielhagen

Die ungewöhnliche Menge Backware, die wir jetzt vor allem für das Wochenende herstellen müssen, beansprucht unsere Bäckereien außerordentlich stark. Wir bitten unsere Mitglieder aus diesem Grunde, ihre Wünsche, namentlich auf größere Mengen Kuchen und Feingebäck, möglichst bis Freitag mittag jeder Woche in der Verteilungsstelle vormerken zu lassen. Die Ansprüche jedes Mitgliedes auf unseren vorzüglichen und billigen Kuchen sollen selbstverständlich erfüllt werden. Zuckerbrot, Streuselkuchen, Zuckerguß, Makronenkuchen, Bienenstich, Käsekuchen, Quarkkuchen, Eierschecke, Mohnkuchen, Apfelkuchen, Pfannkuchen, Weizenbrot. Abgabe nur an Mitglieder. KONSUMVEREIN VORWÄRTS

Achtung! Einbruch Achtung! im Fahrradhandel sind einige bisher noch nicht bekannten billigen... Fahrradhaus „Frisch auf“ Filiale: Dresden A, Körneritzstr. 17, am Bahnh. Wettinerstr.

Für März des gr. Erfolges wegen prolongiert Schenks Lachbühne mit sämtlichen Künstlern. VIKTORIAKELLER im Lila-Palast, Wolschhausstraße 36. Milbitri!!!

Ausverkauf wegen Geschäftsaufgabe infolge Konkurses Warenbestände. Herren- u. Knaben-Anzüge, Herren-Mäntel, Kinder-Garderobe, Damen-Mäntel, Arbeits- u. Sportbekleidung zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

Beachten Sie die Inserate der Volkzeitung

E. PASCHKY. Räucherwaren weit billiger als Fleisch und Wurst! Täglich frisch vom Rauch: ff. große Makrel-Büchlinge 16 Pfund, Allerfeinste Sprotten 1/4 Pfund 9, ger. Flettheringe 1/2 Pfund nur 15.

Erst die Volkzeitung. Für Dresden-Neustadt liegt der heutigen Nummer eine Beilage „Jubiläums-Verkauf“ anlässlich des 25-jährigen Bestehens der Firma Steinhart, Dresden N, Lautenstraße 39, Ecke Altonstraße, bei.

WAHLEN am laufenden Band. ZUR REICHSTAGS WAHL 5. MÄRZ 1933. Neue, erweiterte Auflage — Preis 25 Pfennig. Das zusammenfassende Uebersicht der Ergebnisse der Reichstags- und Präsidentschaftswahlen, Volksentscheide usw. in Deutschland seit dem Jahre 1918. Zu haben in allen Ausgabestellen, bei allen Ausbringern der Volkzeitung und in den Volksbuchhandlungen.

Wer regierte?

Herr Reichskanzler Hitler!

Sie haben in Ihrem, auch von den anderen neuen Ministern unterschriebenen „Aufruf“ nicht weniger als siebenmal

behauptet, seit 14 Jahren regiere der Marxismus.

Wissen Sie wirklich nicht,

daß es nach der nur 3 1/2 Monate langen Herrschaft der Volksbeauftragten niemals — weder im Reichstag noch in der Reichsregierung — eine marxistische Mehrheit gegeben hat? Hier der unanfechtbare Beweis:

Die Mehrheiten im Reichstag:

1910	44,2% Soz. u. U.S.P.	55,8% Bürgerliche
1920		
1921	40,5% Soz.	58,7% Bürgerliche
1922		
1923		
1924	20,5% Soz. 12,6% Komm.	66,4% Bürgerliche
1925		
1926	26% Soz. 9% Komm.	65% Bürgerliche
1927		
1928	20,8% Soz. 10,6% Komm.	59,6% Bürgerliche
1929		
1930	24,5% Soz. 13,1% Komm.	62,4% Bürgerliche
1931		
1932	11,8% Soz. 16,6% Komm.	65,9% Bürgerliche

Die Mehrheiten in der Regierung:

1919	Scheidemann	7 Soz. : 8 Bürgerl.
1920	Bauer I. & II.	7 Soz. : 7 Bürgerl.
	Müller I.	7 Soz. : 7 Bürgerl.
	Fehrenbach	nur 13 Bürgerliche
1921	Wirth I.	3 Soz. : 10 Bürgerl.
	Wirth II.	5 Soz. : 8 Bürgerl.
1922	Cuno	nur 14 Bürgerl.
1923	Stresemann I.	5 Soz. : 9 Bürgerl.
	Stresemann II.	4 Soz. : 8 Bürgerl.
1924	Marx I.	nur 12 Bürgerl.
1925	Luther I.	nur 12 Bürgerl.
1926	Luther II.	nur 11 Bürgerliche
	Marx II.	nur 11 Bürgerliche
1927	Marx III.	nur 11 Bürgerl.
1928	Müller II.	4 Soz. : 7 Bürgerl.
1929	Müller III.	4 Soz. : 8 Bürgerl.
1930	Brüning	nur 12 Bürgerl.
1931		
1932	Papen	nur 10 Bürgerliche
	Schleicher	nur 10 Bürgerliche

Im Reichstag saßen also nie mehr als 45 1/2 Proz. Marxisten, meist aber weniger als 40 Proz. Marxisten (Soz. und Komm.)! Der Reichstag hatte immer bürgerliche Mehrheiten! Von den 14 Jahren nach dem Zusammenbruch waren die Sozialdemokraten überhaupt nur 5 Jahre an der Regierung beteiligt! — Nicht weniger als 9 Jahre lang hat das Bürgertum allein regiert, davon 8 Jahre unter Hindenburg! Von 234 Ministern seit 1918 waren nur 47 Sozialisten!

Herr Reichskanzler Hitler!

Wenn Sie das alles wirklich nicht wußten, hätten Sie die Möglichkeit gehabt, sich über die Wahrheit und die Tatsachen an Hand amtlichen Materials zu orientieren, ehe Sie behaupteten, der Marxismus habe 14 Jahre geherrscht.

Sie irren, Herr Reichskanzler, wenn Sie annehmen, Ihre falschen Behauptungen würden am 5. März zu einer Wählerflucht aus der deutschen Sozialdemokratie führen. Mit nichts! Die Antwort aller, die sozialistisch denken, wird und kann nur lauten:

Nun erst recht: Liste 2

Eine mutige Stimme

„Wir bekennen uns stolz zu dem ‚Trümmerhaufen‘ republikanischer Errungenschaften!“

In einer aufbelebten, von Oberbürgermeister Dr. Müll geleiteten Wahlkundgebung der Deutschen Staatspartei im Dresdner Vereinshaus sprach gestern Abend

Universitätsprofessor Dr. Gerhard Kehler, Leipzig.

der Hauptpartei die Spitzenkandidat für Sachsen, dessen Vorlesungen seitdem ebenfalls von rassistierenden nationalsozialistischen Studenten nach berühmten Mustern gestört worden sind.

Es geht, so betonte Prof. Kehler, in diesem Wahlkampf nicht in erster Linie um wirtschaftliche Interessen der oder jener Bevölkerungsschichten, es geht um viel mehr, es geht um Staatsordnung und Volksehre.

Es geht um deutsche Einheit und deutsche Freiheit!

Eine der Gefahrenquellen für die Staatsordnung sei die Finanznot des Reiches. Ihre zu begegnen, sei das „bünne Programm“ der Reichsregierung nicht geeignet. Nachdem er sich mit den ungeschorenen Weiden der geplanten Arbeitsdienstpflicht auseinandergesetzt hatte — um 500.000 Arbeitsdienstpflichtige zu unterhalten, wären 500 Millionen Reichsmark erforderlich — stellte der Redner fest: „Die Vermessen jedes klaren Wort zur Wirtschaftspolitik im Programm der neuen Regierung, Kegelblöckchen wie nach positiven Gedanken. Die Regierung gibt an, sie habe zwei Vierjahrespläne vorbereitet — eine Formulierung politischer Richtung, die wir aus Kosten kennen —, aber wie diese Pläne beschaffen sind, das wird uns nicht gesagt, damit sollen wir nach der Wahl überlassen werden. So etwas darf man einem Staatsvolk nicht zumuten, das wissen wir, wozu es geführt wird.“

Als Mittel zur Verringerung der Wirtschaftskrisis empfahl Prof. Kehler vor allem eine radikale Preislenkung, und er wies darauf hin, daß die jüngst verfürgten Jollerhängungen anstatt dessen geeignet seien, die Preise hochzutreiben. Damit werde weder den Arbeitern noch den Bauern geholfen, denen die mangelnde Kaufkraft alle Abzugsmöglichkeiten raube.

Im Laufe seines Vortrags kam Kehler auf die Stellung Deutschlands in der Welt zu sprechen, bekannte er sich zur Verständigungspolitik eines Rathenau, eines Stresemann.

„Nicht Regierungen der großen Worte, sondern Regierungen der stillen Tat haben das Rheinland freigemacht“.

haben die Reparationen befristet, haben Deutschlands Gleichberechtigung auf internationalen Kongressen durchgesetzt. Nachdem man das Volk zur Entlassung gegen die Erfüllungspolitik aufgerufen hatte, sagt jetzt die neue Regierung in ihrem Auftrag, daß sie außenpolitisch das Ziel habe, mitzugeben, Deutschland in die Gemeinschaft der übrigen Nationen als einen Staat gleichen Wertes und damit „unbedingt“ auch gleichen Rechtes einzufügen.

Ja, — haben denn die sogenannten „Marxisten und ihre Mitläufer“ seit 1918 je etwas anderes gewollt und getan?

Der politische Radikalismus, ein Kind der Not, so betonte Kehler, gefährde die Staatsordnung. Aber auch die Volkseinheit sei in Gefahr. „Nach 1923 nach dem Abenteurer des Herrn Brüning war diese Volkseinheit hier und fort. Als wir an der Ruhr Widerstand leisteten — der Deutschnationalen Liga gemeinsam mit Sozialdemokraten und Kommunisten —, da hat kein Mensch gefragt, ob die Arbeiter, deren Blut für Deutschland das Flaster rötete, Marxisten waren oder nicht.“

Professor Kehler, der vom August 1914 bis zum November 1918 im Feld gewesen ist, fuhr fort:

„Die Kameraden und die französischen Granaten haben nicht nach unserer Schädelform, nach unserer ostischen oder westischen Abstammung gefragt.“

Heute sagt man, es seien 14 Jahre vergangen seit dem Tage, da das deutsche Volk der höchsten Güter der Vergangenheit: des Ruhmes und seiner Ehre und Freiheit beraubt wurde. Wo war das deutsche Volk damals? Woher, einige Jahre im Krupp-Direktorium und am Scherzstück in Birma — aber Hunderttausende hatten den grauen Tod an. Wir, ich und meine Kameraden, verübten uns den Verdacht, daß wir „unser und des Reiches Ehre und Freiheit verpfänden hätten“. Das deutsche Volk ist nicht ehlos, Niemand soll es schmähen in seiner tiefen Not. Die Reichsregierung liegt in ihrem Auftrag, das deutsche Volk viele das Bild einer betagten, den Jerrissenheit.

Wer hat Deutschland so getroffen? Wer hat die deutsche Jugend zum Kampf gegen die eigenen Volksgenossen gedrückt? Wer hat Terror und Brutalität schriftstellerisch verberichtet in Büchern, die in Hunderttausenden von Exemplaren aufgelegt wurden?

Der Redner kam noch einmal auf jenen Aufruf der Reichsregierung zurück, der an allen Anschlagorten liegt und der uns versichert: „Die Parteien des Marxismus und seiner Mitläufer haben 14 Jahre lang gehaßt, ihr Können zu beweisen, das Ergebnis ist ein Trümmerfeld.“ Professor Kehler verabschiedete, er und seine Partei

„Wir bekennen uns stolz zu diesem ‚Trümmerfeld‘“

an den Errungenschaften der Republik, zur Verfassung, zum Reichsstaatsgesetz, zur Sozialversicherung, zur Rüstungsbeschaffung, zum Reichsversicherungsamt für die Kriegsveteranen, zum Reichsversicherungsamt, zum Jugendgerichtsgesetz u. a. Was die christliche Grundvorstellung, so sei ein Christentum der Tat dem Christentum des Wortes vorzuziehen. „Wer sich dazu bekennet, kann einen Mitbürger nicht ungerade behandeln, weil er eine jüdische Rasse oder eine jüdische Großmutter hat, kann auch die Jugend nur erziehen im Geiste des Wortes: „Du sollst nicht töten.“ Und wenn du beten willst, so bete nicht im Mundstumpfen, sondern im stillen Kammerlein.“

Die Staatsordnung ist in Gefahr, die Rechtsordnung ist in Gefahr, die Volksehre ist in Gefahr. Mein Volk steigt auf und erreicht geistige Leistungen, das in seiner Freiheit verkrüppelt. Es ist unwürdig eines großen, gebildeten Volkes, seine Meinung nicht offen aussprechen zu dürfen.

Es ist unwürdig, auf die Aussage eines Verbrechens hin, die kein Mensch recht prüfen kann, eine große politische Partei mitten im Wahlkampf durch Verbote zu hemmen.

Mit Verbote und Fesseln konnte selbst ein Staatsmann wie Bismarck keine politische Bewegung ausrotten. Die Liebe zur Freiheit ist dem deutschen Volk nicht aus dem Herzen zu reißen, und wenn man gleich einen Einheitsantrag an die Säulen legt, eine Einheitsmeinung ins Haus bringt.

Von dem deutschen Volke, an das die neue Regierung jetzt appelliert, von dem sie Wohlwollen für vier Jahre fordert, heißt es auf Seite 44 des Programms der Nationalsozialistischen Partei: „Wir alle müssen uns darüber klar sein, daß mit dem so kurz beharrlichsten deutschen Volk auf die Dauer nicht viel zu machen ist!“ Und Nationalmitbürgern wird offenbar die nordische Lichtgestalt des Herrn Goebbels entgegengesetzt! Dieser Regierung eine Mehrheit schaffen, das dürfen wir „Vollstrecker“, im übrigen ist es — laut

Seite 34 des gleichen Programms — klar, „daß mit dem Ansehen des parlamentarisch-demokratischen Wahlrechts aufgeräumt werden wird!“

Zum Schluß rief Professor Kehler dazu auf,

einen Reichstag zu wählen, der die Rechte des Volkes zu wahren, die Freiheit wiederherzustellen vermag, einen Reichstag, der des deutschen Volkes würdig sei.

Wir Sozialisten sind allerdings der Ueberzeugung, daß allein durch Preislenkung der Wirtschaft nicht geholfen werden kann, daß vielmehr die kapitalistische Anarchie überhaupt beseitigt und an ihre Stelle eine sozialistische Planwirtschaft gesetzt werden muß. Wir wissen auch, daß in der Wirtschaft kapitalistischer Wildwirtschaft niemals eine Befriedigung eintreten, niemals wahre Freiheit sich entfalten kann. Aber mutige freiheitliche Stimmen aus dem bürgerlichen Lager bringen wir unseren Lesern um so lieber zu Gehör, als die einzige, einstmals liberale Zeitung in unserer Stadt die Fahne der Republik, der Freiheit tapfer im Stiche gelassen hat und uns die Aufgabe gönnt, jene demokratischen Stimmen nachdrücklich laut werden zu lassen, die dort nicht mehr das erforderliche Echo finden.

Dresdner Chronik

Kleines Märzlied

Die Linden Rüste sind erwacht,
Kein Mensch hat sie verboten —
Und selbst die alte Sonne lacht
Nach frühlingemäßigem Notent!

Die ersten Knospen sehen an,
Ich will nicht überstreifen,
Indessen, liebes Kind, es kann
Nicht immer Winter bleiben!

Wie schnell die kalte Welt erblüht,
Wirst du ja selber wissen,
Wo's heut noch kalt und öde zieht
Blühn morgen schon Marzjiffen!

Hier endet lyrisch dies Gedicht:
Du darfst dich nicht verzählen,
Im 3. ist es deine Pflicht,
Die Liste 2 zu wählen!

Klabian.

Nachspiel zum Kra'zjeff-Prozess

Vor der dritten Strafkammer des Landgerichts Dresden begann heute (Donnerstag) vormittag die Berufungsverhandlung in der Strafsache gegen die Rechtsanwältin Dr. Kärl aus Dresden und Dr. Steinmetz aus Kassel, die beide in dem großen Kra'zjeff-Prozess verurteilt waren, der das Dresdner Gemeindefeld erschütterte von Ende Mai bis zum 7. Juli 1932 beschäftigte. Dr. Kärl wurde feinerzeit wegen betrügerischen Betrugs, Untreue und Unterschlagung zu zehn Monaten Gefängnis, Dr. Steinmetz wegen gemeinsamen Betrugs, Bonaten mit Kra'zjeff, zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Im Falle Dr. Kärl kamen ein Monat und drei Wochen, im Falle des Dr. Steinmetz zwei Monate und drei Wochen Untersuchungshaft in Anrechnung. Soweit sich das damalige Urteil auf die Mitangeklagten Kra'zjeff, Schröder,

Safenkreuzier waschen schmutzige Wäsche

Ein Prozeß um den ehemaligen Dresdner Nazi-Stadtrat Köster-Heudendorf

Am Mittwoch begann vor dem Dresdner Amtsgericht ein Prozeß, in dem sich Köster untereinander auf das erbitterte bekämpften. Im Mittelpunkt des Prozesses steht der ehemalige nationalsozialistische Stadtrat Köster-Heudendorf und seine Nichtverurteilung als Dresdner Stadtrat. Köster-Heudendorf, Nazi-Frauen rühmten sich, dem Herrn Stadtrat a. D. den Posten verleiht zu haben.

Ein Fräulein Kerschmar, das ebenfalls Mitglied der Hitler-Partei ist, soll in einer Unterredung mit dem Landtagsabgeordneten Bruno Meyer die Behauptung aufgestellt haben, Köster habe sich in seiner Eigenschaft als prominentes Parteimitglied betrügerischer Handlungen schuldig gemacht. Weiter soll sie behauptet haben, die Handlungen Kösters von Hans zu Hans bekanntgemacht und sie in der Presse zu veröffentlichen. Köster hat gegenüber diesen Anschuldigungen Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung gestellt, mit der Frä. Kerschmar verboten werden soll, die Behauptung zu verbreiten, er habe sich betrügerischer Handlungen schuldig gemacht und sei deshalb von der Stadtratsliste der Partei gestrichen worden. Neher diesen Antrag wurde am Mittwoch verhandelt.

Dem Herrn Köster war die Anwesenheit fremder Personen bei der Verhandlung offenbar sehr unangenehm, und er beantragte deshalb, die Öffentlichkeit auszuschließen. Der Antrag wurde abgelehnt.

Frä. Kerschmar bestritt, die erwähnte Behauptung vor Bruno Meyer aufgestellt zu haben, sie lehnt aber durch ihren Anwalt erklären, daß sie zu der Behauptung berechtigt gewesen sei, da sich Köster betrügerischer Handlungen schuldig gemacht habe, worüber sie Beweise in der Hand habe.

Diese Beweise lagen in Form eidesstattlicher Versicherungen vor und wurden verlesen. Nach einer solchen Versicherung hat Köster von seiner Parteigenossin Frau Geiffert ein Darlehen von 4000 M. erhalten. Er soll die Rückzahlungstermine nicht eingehalten und dann auf einer Quittung nachträglich und ohne Wissen der Geiffertin den Vermerk angebracht haben, daß es sich der Wahrheit zumider, um ein langfristiges Darlehen handle. Als Geiffertin habe er Gewerbe und einen Kupferhieb im Werte von 8000 M. verpfändet. Durch den hieraus aufgestellten Reicherttrag fühlte sich Frau Geiffert geschädigt, wie sie an Eidesstatt verhandelt.

In einem anderen Fall soll Köster Fräulein Kerschmar aufgefordert haben, einem EK-Klein 25 M. zu spenden, da auch er, bzw. seine Firma, dem Klein 75 M. spendet habe. Der ehemalige Kampagnenführer vertritt an Eidesstatt, daß die Firma

Behent und Ritzges erstreckt, hat es inzwischen Restkraft erlangt. Dr. Kärl und Dr. Steinmetz hingegen legten Berufung ein. Die neuerliche Verhandlung, in der die Jugendbernehmung erst am 6. März beginnt, dürfte bis gegen Ende dieses Monats dauern.

Vom Hunger zum Brot

Im Unter diesem Titel hat das Schulmuseum, Sedanstraße 19, eine sehr wertvolle Ausstellung über die Geschichte der Getreideanbau eröffnet. Oberlehrer Klemm, der Verfasser bekannter naturkundlicher Werke, hat sie aufgebaut, um damit den Bestrebungen neuerzeitlichen Unterrichts zu dienen, der die Entwicklung der menschlichen Kultur nicht nur auf Einzelpersönlichkeiten zurückführt, sondern jenen großen „Kollektiven“ der Namenlosen den Hauptanteil zuspricht, die Werkzeug und Wagen, Hausbau und Ackerbau entwickelt haben. Man macht sich nur selten klar, daß die Voraussetzung zu menschlicher Kultur und Befriedigung von jenen unbekanntem Frauen der Urzeit geschaffen wurde, die durch scharfe Beobachtung die Zusammenhänge zwischen Samen und Pflanze erkannten und zum ersten Male Körnertragende Wildkräuter anbaute. Erst damit konnten sich aus den wildfleisch lebenden Nomadenhorde Familien und Familienverbände entwickeln, konnten Völker und Staaten entstehen, ethische Normen sich ausbilden. So zeigt die Ausstellung die Beziehungen zwischen Mensch und Brot in der Urzeit und in der Jetztzeit, sie zeigt die Nahrungsgrüner, die zu Hirse, Roggen, Weizen, Gerste veredelt wurden, und die allmählichen Fortschritte des Ackerbaues und der Brotbereitung. Aus dem Austreten und Schlagen der Körner entwickelt sich der Drehsiegel, aus der Stampfe entstehen Quetschmühlen und Drehmühlen, Schiffschrauben und Windmühlen, aus dem Hafensack wird der Flieg, durch zufällige Beobachtung wird die Wirkung des Sauerteigs, der Hefe entdeckt, der Fladen wird zum Brot. Zahlreiche Bilder, Modelle und Getreidearten sind zu sehen, alle Handmühlen aus der Urzeit, nur aus zwei Steinen bestehend, tauchen von den Kinderjahren der Menschheit, von der Geburt menschlicher Kultur und Weltung.

Hauptstück der Ausstellung ist eine Ausstellung, die die Geschichte der Getreideanbau zeigt, die sie in Preußen erzählt hat, soll die Methode von Oern an auch in den sächsischen Schulen eingeführt werden.

Mit sächsisch-amtslicher Genehmigung wird Oern 1933 im Schulbezirk Dresden-Stadt die enge und reiche Sütterlin-Schrift für das 1. und 2. Schuljahr im Schreibunterricht eingeführt. Interessenten erhalten Auskunft im Schulannt, Stadthaus, Theaterstraße 11, III., Zimmer 322.

Der löhnende Kulturfilm

hl. Die Sächsische Landesbibliothek schloß ihr Winterprogramm mit der Vorführung einer Reihe von Kulturfilmen ab. Sie wollte damit zu einer Ansprache anregen, inwiefern der Ton im Kulturfilm für Schulen und Bildungsorganismen Bedeutung hat. Der Leiter, Dr. Schimmer, wies darauf hin, daß die technische Entwicklung des Tonfilms die künstlerische überwindet hat. Auch der Kulturfilm ist in erster Linie eine Ware, von einem großen Teil der Presse, oft aus wirtschaftlichen Gründen, kritisch hingeworfen; eine Ware, auf deren in der Hand mächtiger Konzerne liegende Behaltung die am Kulturfilm Interessierten keinen Einfluß haben. Das Programm wies eine Reihe von Tonfilmen biologischen, erdunklichen, volkstümlichen und technischen Inhalts auf: „Die Wandernacht des Leibes“, „Aus einem chinesischen Kloster“, „Märtyrer Bauernhochzeit“, „Das tanjende Holz“ und „Versteinigungswunder“. Obwohl die gelegentlichen Klänge zu den allerschönen Klängen des Tons nicht unangenehm, Liebererstimmung darüber, daß Angehörige aus den Besonderen der breiten Masse ihren Wert beeinträchtigen. Das gilt besonders von den läppischen Rahmenhandlungen, die die wissenschaftlichen Erläuterungen in Gestalt von Zwiegesprächen zwischen einem Vorkämpfer vermitteln: sie muß hässliche Ansichten äußern, die er dann auf Grund seiner männlichen Weisheitsgaben fertigt. Auch die Nachsynchronisierung des Naturvorganges durch Vertimmungsimitationen und die Untermauerung beipielweise der granitischen Bilder aus den rumänischen Dolchfingergesteinen durch Wagnerische Klänge empfinden viele als bedenklich oder wenigstens als überflüssig und ablenkend. Der letzte Versuch — die Wüste des Ausdrucks auf seine Problematik hin — galt der Frage, ob Filme wie „Das Rätenkonzert von Sanssouci“ historischer Belehrung dienen können. Man wird sie angesichts der dabei fast ausnahmslos gültigen Geschichtsliteratur entschieden verneinen müssen.

Alles in die Wahlkündgebungen der SPD.

heute Donnerstag, 2. März 1933, abends 8 Uhr: Trianon, Gasthof Leutewitz, Gasthof Coschütz und Gasthof Niedersedlitz.

Die Aktion gegen die SPD.

Das Presseamt des Polizeipräsidenten teilt im Anschluß an seinen gestrigen Bericht über die hier gegen die SPD unternommenen weiteren Maßnahmen folgendes mit:

Die Durchsuchung bei kommunistischen Funktionären und sonst durch ihre Betätigung besonders bekanntgewordenen Angehörigen der SPD, ist auf Anweisung des Ministeriums des Innern im Laufe des gestrigen Nachmittags und heutigen Vormittags auf die weiteste Umgebung Dresdens, soweit sie zum Dienstbereich der hiesigen politischen Abteilung gehört (Landgerichtsbezirk Dresden und Bautzen), ausgedehnt worden. Auf Grund des bei der politischen Abteilung selbst vorliegenden Materials und auf Grund der mit den je in Frage kommenden Ortspolizeibehörden an Ort und Stelle gepflogenen Verhandlungen sind namentlich auch in diesem Teile des Kreisgebietes Sachen weitere zahlreiche Personen in Untersuchung genommen worden. Die Zahl der beim Polizeipräsidenten und zum Teil vorläufig auch auswärts in Schutzhaft befindlichen Personen beträgt zur Zeit etwa hundert.

Schlechte Eisenbahnverbindungen

Zwischen der Königsbrücker und Mabeberg-Krandsdorfer Linie

Die in der Zeit seit auch für den Bereich der Reichsbahndirektion Dresden erfolgende Neubearbeitung der Eisenbahnfahrpläne für den Jahresabschnitt 1933/34 gibt Veranlassung, auf eine Anzahl Fahrplänmängel hinzuweisen, die den Verkehr zwischen den großen, so dicht besiedelten Ortsteilen längs der Eisenbahnstrecke Dresden-Königsbrück-Schwenitz einerseits und den Stationen an der Vorortstrecke Dresden-Mabeberg-Krandsdorf andererseits ungemein erschweren. Bei fast allen auf der Linie Dresden-Königsbrück-Schwenitz verkehrenden Personenzügen sind die Anschlußverbindungen in Königsbrück, soweit Fahrten in Richtung Langebrück-Mabeberg-Krandsdorf oder umgekehrt in Frage kommen, derartig schlecht, daß die Reisenden zu gewissen Tagesstunden in Königsbrück im Haltepunkt von 24 bis zu 62 Minuten, also sogar von einer reichlichen Stunde, in Kauf nehmen müssen.

Gewiß mag es sich Fahrplan- und betriebstechnisch nicht immer ermöglichen lassen, die Verkehrszeiten der Vorortzüge der Königsbrücker Linie denen der Königsbrücker Strecke besser anzupassen, doch glauben wir bestimmt, daß bei einer erneuten Überprüfung der Fahrpläne beider Linien in vielen Fällen doch bessere Anschlüsse mit kürzeren Wartezeiten herbeigeführt werden können. Solche Verbesserungen sind insbesondere in den Tagesstunden des Berufsverkehrs anzustreben, damit den Erwerbstätigen, die von der Königsbrücker Strecke, der nach ihren Arbeitsstellen in Mabeberg oder umgekehrt fahren wollen, nach Möglichkeit schnellere Fahrtgelegenheiten geboten werden. Wir wollen auch bei dieser Gelegenheit den Hinweis nicht verfehlen, daß die durchschnittliche Fahrtgeschwindigkeit auf der Königsbrücker Strecke immer noch recht minimal ist, denn die Rüge benötigt für die 30 Kilometer lange Teilstrecke Königsbrück-Schwenitz immer noch gegen 45 bis 50 Minuten, so daß die Reisegeschwindigkeit so annähernd 24 Kilometer per Stunde beträgt!

Von den über Gebühr langen Wartezeiten beim Umsteigen in Königsbrück seien in der Richtung Königsbrück-Mabeberg-Krandsdorf die folgenden erwähnt: Ansbach/Königsbrück: 6.56/7.30 Uhr, 8.01/8.47 Uhr, 10.18/11.20 Uhr, 13.07/13.38 Uhr, 21.02/21.57 Uhr und 0.07/0.48 Uhr, das ergibt Wartezeiten von 24, 46, 62 (1), 20, 55 und 41 Minuten! In der Gegenrichtung, also bei Fahrten aus Richtung Krandsdorf in Richtung Königsbrück treffen die Verbindungen ähnlich ungünstig. Züge von Krandsdorf treffen z. B. in Königsbrück ein (anschließend die Abfahrtszeiten in Richtung Königsbrück): 10.30/11.12 Uhr, 14.00/14.24 Uhr, 18.22/18.57 Uhr, 19.29/19.53 Uhr und 21.48/0.28 Uhr, mit einigem Aufenthalt in Königsbrück 24, 26, 30 und 37 Minuten. Bei Benutzung des 20.52 Uhr aus Richtung Krandsdorf in Königsbrück eintreffenden Vorortzuges Nr. 710 müssen die Fahrgäste z. B. bis 21.42 Uhr, also 50 Minuten, auf die Weiterfahrt in Richtung Königsbrück warten. Der nächste, zwar nur an Werktagen verkehrende Vorortzug Nr. 718 trifft von Krandsdorf kommend 21.55 Uhr in Königsbrück ein, mithin nur 13 Minuten nach Abfahrt des Schwenitzer Zuges. Rückwärts läßt sich in diesem Falle durch Änderungen der Verkehrszeiten beider Züge ein besserer Anschluß herstellen. Am auch Sonntag diesen Anschluß zu verbessern, wäre außerdem bei etwas früherer Fahrpläne des Sonntagszuges Nr. 672, der von Görlitz kommt, einhalten in Königsbrück, zumindest zum Aussteigen, notwendig. Offensichtlich erstreckt sich die Reichsbahndirektion auf eine Verbesserung der fraglichen Fahrpläne, zumal die Königsbrücker Linie von jeher schon immer recht stiefmütterlich behandelt wurde.

Mitteilungen aus der Ratshaltung. Der Rat genehmigte einen XXVI. Nachtrag zur Haushaltsordnung, der eine Neubearbeitung der Elternratsgebühren enthält. Unter anderem wird als Basis festgesetzt für alle Schulen der letzte Sonntag vor Pfingsten bestimmt, vorbehaltlich der Festsetzung eines einheitlichen Wählortes für das ganze Land. Die Elternratsmitglieder sind in gleicher Verhältniszahl für zwei Jahre zu wählen. Hierzu wird ein amtlicher Stimmzettel eingeführt, dessen Kosten auf haushaltsplanmäßige Mittel des Schulamts übernommen werden. Weiter genehmigt der Rat einen Nachtrag zur Gemeindefürsorgeordnung, in dem die Gemeindefürsorge entsprechend den Sätzen in der Verordnung des Reichspräsidenten über Vierstufenzug vom 19. März 1932 mit Wirkung vom 1. April 1933 an neu festgelegt werden. Die bisherigen Steuerföhr für Schankbier, Kaffee und Starzbier werden dadurch nicht verändert, nur der Steuerfuß für Einfachbier wird um 75 Pf. je 1 Hektoliter erhöht. Bei der gegenwärtigen Finanzlage glaubt der Rat, auf die daraus sich ergebende nicht unerhebliche Mehreinnahme, da andererseits der Einzelanfallum fast gar nicht belastet wird, nicht verzichten zu können. Die Stadtverordneten hatten den Rat um einen Bericht über die Neuorganisation der Schulbuchverteilung ersucht. Der Bericht, der den Stadtverordneten über die mit Wirkung vom 1. April d. J. an aus Erparnisgründen umgestaltete Schulbuchpflege erstattet werden soll, ergibt folgendes: Es werden ohne Erhöhung der jetzt verfügbaren Mittel a) die jährlichen Reihenunterstützungen aller Volksschulkinder vom 2. bis zum 8. Schuljahr wie bisher beibehalten, b) ähnliche Volksschulkinder in 2., 3. und 4. Grundschuljahre werden planmäßig unentgeltlich behandelt, Kinder von Mitgliedern einer Pflichtkassenliste nur bei entsprechendem Kostenaufschlag; c) vom 5. bis mit 8. Schuljahr erfolgt unentgeltliche Behandlung der Kinder, deren Bedürftigkeit vom Schulamte festgestellt worden ist sowie gegen 2 R. Vergütung auch die Behandlung der Kinder von Nichtunterstützungsbedürftigen, wenn sie keinen Klassenanspruch haben.

Die 26. Volkshilfe, Burgener Straße 5, hat ihrer Elternschaft ein Konzert, nach mehrstimmigen und polyphon gesungenen Liedern des Schulchors, in der Musikklasse der I. Stadtschule ein Konzert von Beethoven unter Leitung des Oberlehrers Karl Hempel, nachdem Herr Weidert, unter Mitbegleitung durch Frau Hempel, das Konzert für Violine in G-Moll von Max Bruch vorgetragen hatte.

Zwangsvollstreckung des Kaffeehauses Küffert.

Vor dem Amtsgericht in Dresden fand am Mittwoch die Zwangsvollstreckung des Grundbüttes Prager und Sidonienstraße statt, in dem sich das bekannte Café Küffert befindet. Das Grundstück, das mit einem Geschäftshaus und Mietwohnhaus sowie verschiedenen Nebenanlagen bebaut ist, war nach einem Sachverständigen Gutachten im Verkehrswert auf 400 000 M. geschätzt worden. Die Zwangsvollstreckung betrug dagegen nur 188 400 M. Das Inventar war in einer besonderen Schätzung mit 18 750 M. bewertet worden. Das seit dem Mai vorigen Jahres laufende Verfahren wurde von der Verpfändungsanstalt der Angehörigen der Chemischen Fabrik von Gendern, Kadebühl, wegen gangbarer Hypotheken- und Zinsforderungen und Zinsforderungen betrieben. Andere Gläubiger — darunter das Stadtverordnetenamt mit 30 000 M. Steuerforderungen — meldeten weitere Forderungen an, deren Gesamtwert den Grundbütteswert leicht übersteigt. Verschiedene Interessenten, Fabrikanten und die Kontokorrenten-Anhalter machten Eigentumsrechte an einem großen Teil des Inventars, an Maschinen, Tischen, Stühlen, Kellern, Teilen der Ledereinrichtung und an den Konditoreimaschinen geltend. Die Forderungen der reklamierten Gegenstände konnten aber nicht erfolgen, da das Amtsgericht in dieser Richtung noch keine Entscheidung gefällt hat. Das Verpfändungsgericht legte den Rohverrechnungswert einschließlich des Inventars auf 500 000 M., das geringste Gebot auf 310 000 M. fest. Das erste Gebot gab der am zweiten Stelle stehende Hypothekengläubiger, ein scheidischer Fabrikant, mit 240 000 M. ab. Weitere Gebote folgten, bis der Dresdner Medizinalrat Dr. Geisler, Prager Straße 54, mit einer Bietungsumme von 300 000 M. Höchstbietender blieb. Die Entscheidung über eine eventuelle Veräußerung des Grundstückes soll nach in dieser Woche erfolgen. Einige benachteiligte Gläubiger stellten Antrag auf Veräußerung des Grundstückes.

Nachahmenswerte Solidarität!

Die Freunde der Zigarettenmaschinenfabrik Dresden hat sich bereit erklärt, den erwerbslosen Ordnern des Abwechselfeldes und den Kameraden des Reichsbanners helfend zur Seite zu stehen. Sie haben übernommen, 100 Paar Schuhfüße reparieren zu lassen. Außerdem wurden 24 Paar neue Schuhe bereitgestellt. Von den den Zigarettenmaschinenfabrikern monatlich zur Verfügung stehenden Zigaretten haben sie pro Mann 25 Stück zur Verfügung an die Kameraden überlassen. Wir danken den Zigarettenmaschinenfabrikern herzlich für diese Geste.

Die Kampfleistung der Eiseren Front.

Wert einschließlich des Inventars auf 500 000 M., das geringste Gebot auf 310 000 M. fest. Das erste Gebot gab der am zweiten Stelle stehende Hypothekengläubiger, ein scheidischer Fabrikant, mit 240 000 M. ab. Weitere Gebote folgten, bis der Dresdner Medizinalrat Dr. Geisler, Prager Straße 54, mit einer Bietungsumme von 300 000 M. Höchstbietender blieb. Die Entscheidung über eine eventuelle Veräußerung des Grundstückes soll nach in dieser Woche erfolgen. Einige benachteiligte Gläubiger stellten Antrag auf Veräußerung des Grundstückes.

Verbilligte Fahrten zur Leipziger Messe. Auf die günstige Gelegenheit zum Besuche der Leipziger Frühjahrsmesse am Sonntag, 4. März, Sonntag, 5. März, Donnerstag, 8. März und Freitag, 10. März, wird nochmals aufmerksam gemacht. An diesen Tagen werden von allen Fahrplänen der Reichsbahn im Umkreise bis zu 140 Kilometer um Leipzig Sonntag-Vorortfahrkarten nach Leipzig ohne Ausweis an jedem Tag ausgeben.

Verkehrsunfälle am Stühelplatz. Am Stühelplatz ereignete sich in den letzten Tagen ein Verkehrsunfall, der leicht schlimmer hätte ausfallen können. Ein von der Rennstraße kommendes Auto wollte hinter der Fernsprechzelle in die Stühelallee einbiegen. Dabei überfuhr der Führer die Bordsteine, so daß der Wagen auf die Gasbahn geriet. Glücklicherweise hatte das Auto ein sehr mäßiges Tempo. Daher gelang es, den Wagen schnell zum Stehen zu bringen. Einzu kam, daß die Erde zunächst nur schwachen Fußgängerverkehr aufwies. Der Unfall war in erster Linie darauf zurückzuführen, daß an dieser Ecke die Bordsteine der Gasbahn ungenügend niedrig sind. Bei dem Schneeeinbruch, wie er auf vielbefahrenen Straßen allgemein beobachtet werden konnte, hob sich die niedrige Gasbahn an der Ecke Stühelallee von dem Fahrdamm natürlich noch höher an, so daß es, wie es vorher sehr angebracht, die Gasbahnabstände so ungenügend, daß sie genügend überunterstützt zum Fahrdamm aufweist, sich also wirklich von diesem abhebt. Ueber die Unfallschuld an dieser Ecke wird nach aus anderen Gründen klargestellt. Vor allem sind die Fußgänger, die den überaus breiten Fahrdamm zwischen den landwärts gelegenen Gasbahnen der Renn- und Gasstraße überqueren, darunter dabei gefährdet, daß an dieser Stelle keine Gasbahnhinhalte vorhanden sind. Argend eine Übergangsregelung, wie sie z. B. am Vorkamp oder am Wiener Platz getroffen wurde, ist ebensowenig vorhanden. Ob Fußgänger in die Stühelallee einbiegen oder die Gasbahnstraße entlangfahren wollen, können Fußgänger, die gerade im Begriff sind den Fahrdamm zu überqueren, oft erst im letzten Augenblick feststellen. Wäre jedoch die Einmündung des landwärts führenden Fahrdammes der Stühelallee durch eine Gasbahnhinhalte geteilt, so ließe sich die dortige Verkehrsunfälle weitgehend beheben.

Die 3. Wächterbrigade veranstaltet ein Schulfest und laßt ehemalige SchülerInnen Eltern und Freunde der Schule dazu ein. Mittwoch, 8. März, 7.30 Uhr, in der oberen Turnhalle der 3A. Volkshilfe, Burgener Straße.

Leben. Der geplante Werbemarck anlässlich der Wahlkündgebung am Freitag, dem 3. März, in der Goldenen Krone, Leipzig, ist politisch verboten! Die Wahlkündgebung in der Krone findet aber statt. Die Parteigenossenschaft wird gebeten, das zu beachten und für starken Besuch zu sorgen!

Polizeibericht

Stellenwandler in Berlin. Im Dezember 1932 suchte ein Organisationsbüro für Blimontage in Berlin Kontakt. Die Angestellten sollten an ihrem Wohnort die Tageseinnahmen der Wählberechtigten kontrollieren. Da es sich angeblich um Vertriebsstellen handelte, wurden Geldbeträge eingezahlt. Damit das Organisationsbüro über den Bewerber Auskunft einreichen konnte, die Kriminalpolizei in Berlin hat festgestellt, daß sich Handlung von parteiunabhängigen Personen handelt, die gegen das Wahlrecht verstoßen. In das Verfahren, das gegen das Wahlrecht verstoßen wurde, sind hier ein Schöffer Richter und ein Kaufmann Eichen verwickelt. Es ist aber damit zu rechnen, daß sich an den beteiligten weitere Personen beteiligen haben und daß eventuelle Angehörigen unterhalten wurden. Das Büro hat keine Interesse auch in Dresden Lagerbeständen einreichen lassen. Sachdienliche Mitteilungen über das Kriminallager nach Zimmer 88.

Straftaten

E. W. 100. Wenn die Tochter Ihren Haushalt teilt, muß die Wüstentumskontrollen für die Steuer halten.

E. W. 101. Werden Sie sich persönlich an die Technischen Lehranstalten der Stadt Dresden, Dürenstraße 45, 8.30 bis 12.30 Uhr, 2. Regen der Steuerföhrnisse wenden Sie sich an Ihr aufständiges Finanzamt.

Schwere Explosion

Wasser in toschendes Bett gegossen

Am Mittwoch nachmittag, 2.30 Uhr, wurde die Feuerweh nach dem Grundstück Hechtstraße 20 gerufen. Eine im 4. Stockwerk des genannten Hauses wohnhafte Frau war mit dem Baden von Pfannkuchen beschäftigt. Hierbei ließ sie in die mit toschendem Bett gefüllte Pfanne Wasser nach. Es entstand eine heftige Explosion, die ein Doppelfenster samt Sandstein-einrahmung aus seiner Befestigung gerissen und auf die Straße geschleudert wurde. In der Nähe der Einschlagstelle der Steintrümmer spielende Kinder blieben glücklicherweise unversehrt. Ferner wurden zwei mittelstarke Bände in ihrer gesamten Ausdehnung vollständig zertrümmert, so daß aus drei Räumen auf einmal einer entstand. Der Ehegatte kam seiner Frau zu Hilfe und zog sich an beiden Händen Verbrennungen mittleren Grades zu. Ihn wurden vom Personal der Feuerweh die erforderlichen Verbände angelegt, wodurch er in der Wohnung verbleiben konnte. Die Feuerweh stützte unter Verwendung der großen Leiter die beschädigte Außenfront. Die übrigen Arbeiten nahmen reichlich eine Stunde in Anspruch.

W. Selbstmord vor der Gerichtsverhandlung. In der Nacht zum Mittwoch hat sich der Rechtsanwalt Paul Salinger in seiner Wohnung auf der Wintergartenstraße das Leben genommen. Gegen Salinger war ein Verfahren wegen Unterschlagung anhängig gemacht worden. Der Beginn der Gerichtsverhandlung war für Mittwoch angelegt gewesen.

W. Selbstmord vor der Gerichtsverhandlung. In der Nacht zum Mittwoch hat sich der Rechtsanwalt Paul Salinger in seiner Wohnung auf der Wintergartenstraße das Leben genommen. Gegen Salinger war ein Verfahren wegen Unterschlagung anhängig gemacht worden. Der Beginn der Gerichtsverhandlung war für Mittwoch angelegt gewesen.

W. Selbstmord vor der Gerichtsverhandlung. In der Nacht zum Mittwoch hat sich der Rechtsanwalt Paul Salinger in seiner Wohnung auf der Wintergartenstraße das Leben genommen. Gegen Salinger war ein Verfahren wegen Unterschlagung anhängig gemacht worden. Der Beginn der Gerichtsverhandlung war für Mittwoch angelegt gewesen.

Die Linke wird siegen!

In der Deutschen Allgemeinen Zeitung, dem Berliner Blatt der Schwerindustrie, das seinerzeit für die Ernennung Dittlers zum Kanzler eingetreten ist, wurde in der Sonntagsausgabe ein Artikel des Grafen Hermann Keyserling zum „Neuaufbau des Reiches“ veröffentlicht. Keyserling befaßt sich auch mit der heutigen politischen Situation und schreibt den heutigen Machthabern folgendes ins Stammbuch: „Der heutige Zustand ist wesentlich weder Folge der Niederlage noch des Marxismus.“

„Warum war das wilhelminische Deutschland der Kolonien mit tönernen Füßen...? Weil es eine Inflation außerordlicher Zusammenfassung darstellte.“

„Zusammen mit dem Zentrum hat die Sozialdemokratie, soweit breitere Schichten in Frage kommen, die tiefsten und deutschen Wurzeln. Deswegen kann sie an der Unterdrückung und Verfolgung nur erstarren.“

„In letzter Zeit habe ich mich zuweilen gefragt, ob speziell die Nationalsozialisten... nachdem sie zur Macht gelangt, 80 oder 90 Prozent der Schlagworte, mit denen sie bisher operiert haben, aufzugeben hätten. Jetzt bin ich zur Überzeugung gelangt, daß sie rund 100 Prozent aufgeben müssen. Nach dem 5. März gilt es ja nicht mehr zu reden, sondern zu tun... Bleibt es beim Reden, dann werden

jämliche Fehler Wilhelms II. eine kollektivistische Renaufgabe erleben.“

„Und eine Politik, die den Nationalismus dauernd als Parteiprogramm, sei es im Sinne eines zu restaurierenden wilhelminischen oder in dem eines art- und blutmäßigen Deutschlands, festlegte, würde zwangsläufig den schlimmsten Bruderkampf entfachen, der jemals Deutschland verheerte. Zurichtbaren Maß muß die bloße Zumutung entfallen, daß, wer nicht für bestimmte Parteien stimmt, deshalb nicht „deutsch“ sei. Und hier mag ich wieder einmal zu prophezeien — noch haben mich die Ereignisse selten Lügen gefraßt:

Kommt es zu solchem Bruderkampf, dann werden die Linksparteien siegen, denn in ihnen lebt die ältere Tradition.“

Dies alles sagt wörtlich Graf Keyserling, ein Verwandter der Bismarck-Familie — sagt es in der schwerindustriellen Deutschen Allgemeinen Zeitung. Das ist schon beinahe Götterdämmerung. Wir hätten noch hinzuzufügen, daß die Sozialisten auf die Dauer nicht allein deswegen siegen werden, weil die Sozialdemokratie sich auf die „ältere Tradition“, das heißt auf die bessere politische Durchbildung ihrer Menschen verlassen kann, sondern auch, weil unsere Anhänger gleichzeitig die Träger jener Ideen sind, denen die nächste Zukunft gehört.

Reife Wochen werden im Hans Krenner! Ein Wandermotiv für unsere Donstrauen, die schon das ganze Jahr hindurch auf diese Verkaufsvorstellung geteilt haben, um Schatz und Schrein vor neuem für wenig Geld mit Qualitätswaren zu füllen. Und wie verlockend schon, sich diesmal selbst überzubewahren, da es das große Haus verlassen, die Schaufenster der Welken Waren, den Vorkauf, mit seinen anregenden Vorkäufen, in einen einzigen dunklen Wälderwald zu verwandeln. Wälderwald, wobei das Auge nicht. Draußen Schneegeflüster als letzte Nachrichten des wachsenden Winters, drinnen das Erwärmen des Lesens, Wälderwald und Frühlingssonne. Ferge weißer Qualitätswaren jeder Art, greifbar im mochten Sinne des Wortes, kein künstlich mit dem Licht leuchtenden Kristallein versehen, liegen einladend für die Kundhaft bereit. Alles ist so außerordentlich praktisch und überauslich geordnet, daß man doch noch zu wählen und zu genießen braucht. Ja, eine Meisterhand war am Werke in der Gestaltung des Lichtes. Die schlichten Wälderwald-Schaufenster, die das Wälderwald des Wälderwaldes tragen, sind in ein mehrzelliges Gemisch geformt, das mit überdem Kupfer geschmückt ist. Wälderwald ist der Krenner-Kunde daran erinnert werden, daß Geld zu einem Einkauf hinlänglich geworden ist, daß aber die kleine Silbermünze goldene Werte im Haus auswertet. Ein Haus harrloscher Frühling ist nicht überbaut den Wälderwald zu durchwehen, da sogar das Wälderwald und gefällige Verkaufspersonal einen lustigen Reizung nach als Beweis, daß das Hans Krenner auch für Humor etwas über hat. Der Weg zum billigen Einkauf ist gegeben. Und wer es nicht wagt, der sehr ist die Wälderwald-Schaufenster der Wälderwald an, die sich in Wälderwald der Wälderwald von der Wälderwald bis zur Wälderwald, die erstrecken und die Wälderwald, nachdem die Wälderwald im Inneren des Hauses abten lassen, ist 2

Der Kleine

von Eugène Dabit

Uebersetzt von Bernhard Jolles

Copyright by Kaden & Comp., Dresden

Seit einem Monat bin ich einen Grad aufgerückt und arbeite mit Tavernier.
„Dalli, dalli, die jungen Leute“, treibt Desueur uns an. „Euer Juno fährt bald wieder los.“
Tavernier reißt die Fenster mit Schlammkreide ein, und ich wische nach. Mein Hutzeug über dem Arm, gebe ich von Wagen zu Wagen. Die anderen faulenzten, rollen eine Zigarette, summen ein Lied.
Täglich gegen vier Uhr versammelt sich die Mannschaft in einem Wagon. Desueur, den wir freibeitlen, legt sich auf eine Bank, nimmt eine Zeitung zur Hand und würgt die Zeilen mit politischen oder kriegerischen Besprechungen, von denen er nie genug bekommen kann.
Signal, Plandet, Puzon, Desueur trinken eine Flasche Bier. Andere kommen, setzen sich, fahren sich stöhnend mit der Hand durch die Haare.
„Noch zwei Stunden muß man abreißen“, sagt Tavernier. „Welches Gewerbe?“
„Was würdest du erst sagen, wenn du draussen wärst?“ fragt ihn Desueur.
„Noch bin ich drinnen, Großvater.“
„Ja, aber du kommst noch an die Reihe. Es gibt keinen Frieden, ehe wir in Deutschland sind.“
Signal zuckt die Achseln und erwidert seelenruhig:
„Das hat noch gute Weile.“
„Wieso? Wenn man eine neue Offensive macht.“
„Eine neue Offensive! Im Winterland ist es leicht, Offensiven zu machen.“
Signal glaubt nicht an unseren Sieg. Er spricht wie Vater und seine Kameraden. Unsere Führung verfolge, meinen sie. Ich unterziehe ihn, so gut ich kann. Desueur, der ihn nicht mag, nennt ihn Woche oder Riesmacher.
Ich sage langsam:
„Wir sind stellenweise wieder zurückgegangen. Sie sind Wenigo stark wie wir, Großvater.“
Er legt seinen Becher hin und rumpelt die Stirn.
„Was quatscht du da ankommen? Bist ja noch nicht einmal trocken hinter den Ohren.“
Er grinst übers ganze Gesicht und wendet sich dann zu den anderen.
„Mach euch was erzählen. Heute. Heute früh war der Meins wieder einmal im Volke herumgelaufen. Er schließt sich da ein und schmökert.“
Man lacht und fragt mich, ob ich denn überhaupt schon lesen könne. Niemand nimmt mich in Schutz.
„Ja, ich lese. Vor dem Kriege machte ich mir nichts aus Büchern. Jetzt fehlt mir etwas, wenn ich nicht immer ein Buch bei mir habe. Aber die Diktoren können das natürlich nicht verstehen. Nicht einer von ihnen hätte den Mut besessen, nach Schoups zu gehen!“
Ich bin schon wieder bei der Arbeit.
„Es ist Zeit, kleiner, wir machen Kameraden“, sagt Tavernier. „Bist du etwa noch ärgerlich?“
„Doch sie doch reden, was sie wollen“, meint er auf der Straße. „Machst du, mich hätten sie nicht auch gefoppt? Als ich neu war, wollte Puzon sich vor mir wichtig tun. Ich hab ihn heimgesucht, den Dicken. Sie widern mich an, alle miteinander. Sobald ich kann, melde ich mich freiwillig. Dann werden sie Augen machen.“
„Reize Kerle, weiter nichts!“
„Oger mit seinem Wismar, Puzon mit seinem Sarghosen! Und Desueur, immer besoffen, ein feiner Kolonnenführer!“

„Ob ich mich auch melde? Bist du, daß ich genommen würde? Vater sagt nein.“
„Jetzt nimmt man alles. Du bist gar nicht so klein. Und hinfst auch nicht wie Quasimoda.“
„Man kann ja abwarten.“
Tavernier verstummt. Er bedingt eine Frau, die neben uns geht.
„Ich steige ihr nach“, tuschelt er mir ins Ohr.
„Ich wollte mit dir sprechen.“
„Ein anderes Mal, kleiner.“

7. Kapitel

Jemand kommt die Treppe hinauf. Ich neige mich übers Geländer. Rose Gollais. Ihre Abzüge klappern. Endlich ist sie oben, im sechsten Stock.
„Sie reicht mir Ihre behandschuhte Hand.“
„Was machen Sie denn?“
„Mama ist nicht zu Hause. Ich weiß nicht, wo sie steht.“
„Nehmen Sie doch nicht auf der Treppe. Kommen Sie mit zu mir.“
„Sie öffnet ihre Tür.“
„Treten Sie ein, kleiner.“
Vadend schließt sie mich ins Zimmer.
„Sie legt Hut und Jacke ab. Sie trägt eine Bluse von weißer Seide und einen sehr kurzen Faltenrock.“
„Ach, mir ist warm. Ich habe mir die Geköpfe angelesen. Das tun Sie wohl nie?“
„Ach? Nein.“
„Man trifft auch Männer, die sich für die Reubiten interessieren.“
„Ich setze mich und setze sie im besten Vichte. Ihre überrotten Lippen bebden, ihre Augen wandern hin und her, ihre Haare fliegen. Etwas von der Unruhe der Straße haftet noch an ihr. Wie geblendet senke ich die Augen. Mein Blick fällt

auf meine schmutzigen Hände, auf meine fleckige Hose, auf meine verbehten Schuhe. Ich rühre mich kaum.
Rose Gollais zieht ihren Stuhl an meine Seite und legt in schmeichelndem Ton:

„Ich höre jetzt überhaupt nichts mehr. Sie lassen mich gang im Stich. Weßhalb? In Ihrem Alter geht man doch nicht mit den Hühnern schlafen.“

„Ich schlafe nicht. Ich lese Romane.“
„Sie sollten mir einmal einen vorlesen.“
„Ich stammle irgend etwas. Sie spielt gerüstet mit dem goldenen Ketten, das sie ums Handgelenk trägt. Ein Büchlein liegt auf ihrem Gesicht. Ist es eine Ermütigung? An den Fenstern sind Lüllvorhänge. Ich sage:

„Güßlich sind Sie. Sie haben gewiß die feinste Wohnung im ganzen Viertel.“
„Sie zieht die Schultern hoch.“
„Ich habe dieselben Vorhänge im Schlafzimmer.“
„Sie steht auf.“

„Uebrigens, fällt mir ein, ist die Gardinenstange locker. Könnten Sie sie mir wohl festmachen?“
„Ich will's versuchen.“

„Sie führt mich ins Schlafzimmer. Es sieht reich aus und geheimnisvoll mit seiner bläulichen Tapete, seinem araken, freistehenden Bett, den vielen Stügen und dem Toiletentisch mit den dunkelblauen Stoffen vor dem Fenster.“
„Ich steige auf einen Schemel. Er ist zu niedrig. Ich muß mich rücken. Ich nehme den Hammer und tue ein paar Schläge.“

„Danke“, sagt Rose Gollais.
Während ich hinuntersteige, fällt mein Blick in den Ausschritt ihrer Bluse. Ich sehe die Wölbung ihrer Brüste und bin wie benommen. Musik tönt in meinem Ohr. Die Möbel schwanen. Das ganze Zimmer dreht sich vor mir.

„Sie nimmt meine Hand.“
„Legen Sie den Hammer fort“, flüstert sie.
„Sie verflucht ihre Finger mit den meinen. Ich höre sie lachen, küssen, meinen Namen lassen. Sie führt meine Hand an ihre Brust, die so küß ist wie ihr wohlriechender Atem. Zwei Arme umschlingen und pressen mich.“

„Tom...“
„Doch plötzlich löst sich die Umschlingung.“
„Es hat geklopft.“

„Mit hastigen Bewegungen ordnet sie ihr Haar. Sie geht hinaus. Ich höre sie die Tür öffnen. Fortsetzung folgt.“

Der deutsche Vormärz

Der folgende Abschnitt ist dem in Kürze im Verlag Neuenhauer erscheinenden Buche: 1848. Die deutsche Revolution, von Kurt Reichen, entnommen. Vergleiche zwischen der geschilderten Zeit der Reaktion und dem Heute stellen sich von selbst ein.

Das große Wartburgfest im Jahre 1817 zur Dreihundertjahrfeier der Reformation vereinigte die bürgerliche Intelligenz: Studenten und Professoren demonstrierten gegen die Bevormundung durch die Polizeigeborgene Metternichs und des Jaren, durch die Bürokratie deutscher Fürsten.

Wald nach dem Kriege setzte die systematische Verfolgung ein; willige Schreiber wurden beauftragt, Schmähchriften gegen die bürgerliche Intelligenz zu verfassen. Ein preussischer Beamter, Schmalz, denunzierte in einer Reihe von Pamphleten die Männer der Reformen und verhöhnte die Liberalen, die es wagten, an die Erfüllung der Konstitutionsforderungen vom Mai 1815 zu erinnern. Jetzt sieht es plötzlich, daß das Volk gar nicht zum Sturm gegen die Unterdrücker aufzustehen wolle, sondern daß der König jene Erhebung „beobachtet“ hätte — der Märzaufruf vom Jahre 1818, den Friedrich Wilhelm III. nicht verfehlt und innerlich nicht einmal gebilligt hätte, war nun nichts anderes als eine Mobilisierungsbefehl.

Auf der Wartburg wurde Gericht abgehalten. 600 Studenten zogen in den Abendstunden im Fackelzug auf die Höhe; dort wurden Scheiterhaufen errichtet; auf Witzgabeln hoch erhoben zeigte man bildliche Darstellungen eines Hahnenkops, eines Wadenschnürcleides und eines Korporalstodes. Unter Verwünschungen warf man die Signetten ins Feuer. Es waren die Symbole der Reaktion; ihnen folgten Exemplare der Schmähchriften der Polizeigenossen, die man nach jenem Preußen „Schmalzgefellen“ zu titulieren pflegte. Ins Feuer flog auch das Credo civil (bürgerliches Gesetzbuch Napoleons, das vielfach in Westdeutschland galt) — so wirt sah es in den Köpfen dieser jungen Bürger aus.

Wirt man die Neben, die auf dieser Tagung gehalten wurden, so konstatiert man mit Bewunderung ihren unpolitischen Charakter, ihren Reichthum an Redensarten. Scherz wird gegen jede Parteilichkeit verwahrt, eingeleitet. „Hört euch, ein Abgeordneter zu tragen und so zur Partei heranzuwinken, das beweise, daß ihr nicht wißt, daß der Stand der Gebildeten in sich den ganzen Staat wiederholt, und also ein Wesen gerührt durch Verspottung in Parisien.“ Und ferner hier es: „Ihr habt nicht zu brechen, was im Staat geschehen soll oder nicht; nur das gesteht euch, was überlegen, wie ihr einst im Staate handeln sollt und wie ihr euch dazu würdig vorbereitet... Auf Wiedersehen, doch nicht vor zwei Jahren.“

Man denkt über Studentenbrüche, über die Einschränkung der Freiheitskämpfe. In Zwei lebende Landmannschaften werden ausgeführt.

Die Feuer löhen zum Himmel, die Gefänge verflingen in der Nacht — auf Wiedersehen in drei Jahren... Metternich aber wird eine solche Frist nicht gemähren, schähtert vielmehr durch Drohungen den preussischen König ein, verführt die Heberwunden, laßt Journalisten und gibt ihnen Aufträge für neue Schmähchriften. Im Preußen beginnen die schürstigen Verfolgungen; selbst die Rost der Diplomaten wird überwacht. Rückkehr in Rom wagt seinen Freunden in Berlin kein Geheimnis in Briefen auch nur anzudeuten. Die Turnvereine Jähns werden verboten, Jahn selbst wird der Prozeß gemacht. Die Untersuchungen der Tätigkeit der „Gesellschaften“ gehen bis in die dunklen Jahre zwischen Jena (1809) und Leipzig (1818). Alle jene Hände, die einst gegen die nationalen Unterdrücker geschlossen waren, gelten jetzt als „Hantschenschild“. Dies Eingabe in den Freiheitskämpfen wird als selbstverhätlich angesehen. Der König von Preußen steht in diesen Neusten Feuerwechsmänner, die nur ihre Pflicht getan hatten, als der Brand ausgebrochen war. Und im Jahr 1818 wurde in preussischen Regierungskreisen die Erhebung Preußens als „Tat des gewöhnlichen Untertanengehorsams“ bezeichnet, gleich als ob man die Spritzenleute zum Feuerlöschen herbeizitierte.

Schill ist nun ein Mann, der das erste anstehende Beispiel der Rebe eigenwilliger Erhebung der bemanneten Gewalt für Jwede, denen sie nur geschonend dienen soll, gegeben hat.“

Der „Jugendbund“, den Napoleons so erbittert verfolgt hatte, wird jetzt von der preussischen Regierung als Staatsgefährlich und als Rest aller Verschwörungen angesehen. Der General Poed ist wegen der Konvention von Lauraguen dem König immer ein Orwel gewesen. Sein Korps wurde vom König in schroffster Weise brüskiert, bei der Besetzung von Paris behandelt er das durch zahlreiche Schlägen und Gefolge hart mitgenommenen Korps wie eine Bande Strahndiebe. In den Sitzungen des Deutschen Bundes schmähte ein Ueberläufer von Österreich die Kämpfer von 1818; niemand wagte zu protestieren!

Im Dezember 1818 schreibt der Einflüßler Metternich, der korrupte, skrupellose Genß: „So wie jetzt kann es doch nicht bleiben. Fürs erste muß das Tünchen wieder aus der Welt; dies sehe ich wie eine Art Eiterbeule an, die geradezu weggeschafft werden muß, ehe man zur gründlichen Kur schreitet!“

Im Frühjahr wandten sich die Vertreter rheinischer Städte, Köln, Koblenz, Meise, an den preussischen König mit der Bitte, das Verprechen vom 22. Mai 1815 zu erfüllen, nach dem die „Repräsentation“ des Volkes gebildet werden sollte. Den rheinischen Städten wurde in einer Kabinettsorder erklärt, daß nirgend eine Zeit bestimmt sei, wann die landständliche Verfassung eintreten solle... Wer den Landesherren, der diese Zusicherungen aus ganz freier Entschickung gab, daran erinnert, zweifelt freventlich an der Unverbrüchlichkeit seiner Zusage und greift seinem Urteile über die rechte Zeit der Einführung dieser Verfassung vor... Vorstellungen erregten deshalb Mißfallen, die Unterthanen hätten vielmehr die Zeit abzumarten... Ich werde bestimmen, wenn die Zusage einer landständlichen Verfassung in Erfüllung gehen soll...“

Am 23. März 1818 erschleicht der junge Student Karl Sand in Jena den preussischen Agenten Robebus, einen der geschäftigsten, höchstgeschicktesten Verfasser von Schmähchriften gegen die bürgerliche Jugend und die Professoren. In seinen Blättern schrieb er unisch, die Reute, die eine Verfassung wünschten, den verbummelt und fänden sonst keinen Erwerb. Eine Deunungslentenschrift eines russischen Agenten lobte er eifrigst. Sand wird zwar als Korrumpentist, aber das hindert nicht, ihn zum Tode zu verurteilen und hingerichten. Unter seinen Papieren findet man eine Erklärung, in der es heißt: „Vesoldete Spächände unter uns da hier, die unsere geringfügigen Studentenhandel, wie nicht anders zu vermuten ist, nach Weimar, Wien, Petersburg und wer weiß wohin noch berichten, wüden auch dieses folgende angeigen, daß ich Volktrache über werde an dem Verräter Robebus.“

Wit dem Aufse: „Hier du Verräter des Vaterlandes“, ließ Sand den Robebus nieder. Dem Zusammenbrechenden sah Sand noch einmal in die Augen: „Ich wollte wissen, was mein Angriff für Folgen gehabt habe, und ihm überhaupt noch einmal ins Gesicht sehen. Ich glaube, er hat noch mit den Augenwimpern immer geschwinkt, so daß man bald das Weiße der Augen, bald nichts sah.“ Als ein Kind im Nebenzimmer schrie, gab sich Sand gleichsam zum Erfah einen Stoß mit dem kleinen Schwert.“ Dann lief der Verwundete auf die Straße und schrie: „Doch lebe mein deutsches Vaterland und im deutschen Volke alle, die den Zustand der reinen Menschheit zu fördern streben.“

Am Pfingstsonnabend 1820 wurde Sand hingerichtet. Die Aufhänger tauchten ihre Füßer in das Blut des Gerichtstzen; das Gras war stets mit Blumen geschmückt, und die Richtstätte hieß fortan „Sands Gimmelsackelwiese“.

Sand hatte einer Gruppe unter Führung Karl Hoffmann angehört, die den individuellen Terror propagierte. Hoffmann heute, daß der individuelle Terror nur in Zeiten proklamiert wird, wo eine Volksbewegung, eine geschlossene revolutionäre Partei mit festem politischen Programm und Ziel nicht besteht. Es hat damals über ganz Deutschland hin verdrillte jene Hände geben, deren Mitglieder sich meist aus Studienten rekrutierten; aber bald kamen Handwerker hinzu, die zugleich den Kern in diesen Ländern darstellten. Die Ziele dieser Hände sind nie klar umrissen, noch weniger ist von einer politischen Programm kann um 1820 überhaupt nicht gesprochen werden. Die Bewegung war die Antwort auf die Faltung der Regierungen, die ihre Versprechungen nicht erfüllten.



Das schnellste Verkehrsflugzeug

Seiten- und Vorderansicht des neuen Schnellverkehrsflugzeuges der Swiss-Compa, das zunächst für den Postverkehr nach dem südpazifischen Ozean (dem Anschließhafen nach Südamerika) eingestellt wird. Das Flugzeug vermag eine Höchstgeschwindigkeit von nicht weniger als 800 Stundenkilometer zu entwickeln. Der Luftwiderstand während des Fluges wird dadurch außerordentlich hermindert, daß das Fahrpedal völlig in den Rumpf eingezogen zu werden vermag.

Sachsen

Kriegerdenkmal für das Opfer der Nazimordpest

Leipzig, 1. März. Unter tiefer Beteiligung wurde das Opfer der Nazimordpest, der Reichsbannerführer Walter Heine in Leipzig, zur letzten Ruhe geleitet.

Obwohl in letzter Stunde das sächsische Innenministerium die Teilnahme von „Zivilpersonen“ an der Trauerfeier verboten hatte, nahmen Tausende von Mitgliedern der Eisernen Front, Reichsbanner und SPD-Kampfstellen an der Trauerfeier auf dem Südfriedhof teil.

Landtagsabgeordneter Genosse Adolf Müller las in seiner Ansprache darauf hin, daß der Nischenaufmarsch und die ungeheure Beteiligung an der Beisetzung des von den Nazis ermordeten Genossen Heine zeige, welche innere Verbundenheit und Solidarität in der Arbeiterschaft herrsche. Am Ende des Ermordeten sprachen noch Vertreter der SPD, des Reichsbanners, des ADAP und der kommunistischen Partei. In stummer Begriffslosigkeit und mit geballten Fäusten gelobten die Massen, für die Freiheit und den Sozialismus bis zum letzten Atemzuge zu kämpfen. Trotz der Regenbeteiligung beim Begräbnis ist es zu keinen nennenswerten Ausschreitungen gekommen.

Enderschied der Ehrenliste der sächsischen Innenminister. Die vom sächsischen Innenministerium genehmigte Ehrenliste zum 1. März 1933 wurde am 18. Februar abgeschlossen. Der alten Ehrenliste der freien Sozialistischen Partei sind angehängt 458 123, 25 Karl. In Gemäßen seien über die sächsischen Volksgenossen 212 500 Mark (Auszahlung der Zentralen Sachsen, Öffentliche Verwaltung, Dresden) zu. — Die an dem Schluss der Liste gefällte Veranschaulichung für gefallene Krieger ist ebenfalls nunmehr unter nationaler und politischer Aufsicht durchgeführt worden. Es kamen insgesamt 5000 Mark an Prämien bedürftigen zur Verteilung; davon entfielen vier auf Leipzig, vier auf Dresden, zwei auf Chemnitz, zwei auf Plauen, je eine auf Borsdorf, Radebeul, Grimma, Grimmitzsch und Waldheim, alle auch wiederum verteilt auf den ganzen Kreis der Sachsen.

Chemnitz, festgenommene Ringnepper. Am Sonntag nachmittag sprachen in einem Waldwegsaal der inneren Stadt zwei junge Leute vor und ließen sich einige Brillanten zum Kauf vorlegen. Während der Verhandlungen kaufte einer der Männer einen edlen Ring gegen einen mitgebrachten unechten um. Derselbe Käufer versuchte die beiden Betrüger in einem weiteren Geschäft. Der Geschäftsinhaber wurde aber noch rechtzeitig auf den Schwindel aufmerksam. Er erließ den Dieben noch, die von Straßenspatzen verfolgt und der Polizei übergeben wurden. Es handelt sich um einen 24jährigen Verkäufer und einen 23jährigen Arbeiter.

Front der Arbeit gegen Front der Ausbeutung!

beide aus Hannover. Den gleichen Eid hatten die beiden Festgenommenen in letzter Zeit erfolgreich in Juweliergeschäften in Berlin und in Frankfurt a. O. angewandt.

Messene, Gasexplosion. In einem Grundstüd im Grimmitzhauser Viertel, wo ein junges Mädchen Selbstmord durch Schwefelgasvergiftung verübt hatte, ereignete sich bei der Heimkehr der Eltern des Mädchens eine Explosion, da das Gas sich an dem glühenden Ofenfeuer entzündet hatte. Die Fenster scheibeln wurden zerschmettert, und es entstand ein Gasbrand, zu dessen Löschung die Feuerwehr alarmiert werden mußte.

Das Reichstagsgebäude

Nach dem Brande 1870/71, als die „Gründerzeit“ begann, sprachen auch die deutschen Reichstagsabgeordneten den Wunsch aus, ein neues Haus zu bekommen. Sie kamen damals in der Leipziger Straße zusammen, neben dem alten Herrenhaus, an der Stelle, wo heute das neue Herrenhaus steht.

Sehn Jahre lang

Es wurde ein Preisausgeschrieben veranstaltet. Ein internationaler Wettbewerb. Aber keiner der eingegangenen Entwürfe befriedigte, und erst nach zehn Jahren wurde der Versuch wiederholt: es wurde ein neuer Wettbewerb ausgeschrieben. Diesmal wurde von den 180 Architekten, die sich beteiligten, Paul Wallat aus Frankfurt am Main ausgewählt. Er bekam den ersten Preis. Später kaufte er auch das Landtagsgebäude in Dresden.

Der Bau des Reichstagsgebäudes dauerte nun noch einmal zehn Jahre. Der Grundstein wurde von Wilhelm I. am 9. Juni 1884 gelegt. Wilhelm II. legte am 6. Dezember 1894 den Schlussstein.

Am 2. September 1891 war der äußere Bau fertiggestellt. An diesem Tage wurde die Krone auf der Kuppel enthüllt. Dann ging es an den inneren Ausbau. Der Rohenaufwand betrug rund 23 1/2 Millionen Mark, für die Innenausstattung mußten noch einmal 3,2 Millionen Mark bewilligt werden. Das Gebäude im Hochrenaissancestil ist aus schließlichem Sandstein und außerordentlich reich mit Ornamenten geschmückt. Um die große Kuppel in der Mitte gruppieren sich vier Säulenhallen. Die Länge des Reichstags, der Wirkungsbereich für sich am Ende des Tiergartens in der Nähe des Brandenburger Tor liegt, beträgt 137 Meter, die höchste Höhe 75 Meter. Gerade das Dach und die Kuppel, die jetzt durch den Brand schwer gelitten haben, sind erst im Jahre 1933 ausgebessert worden.

Im Innern

Der ausgedehnte Plenarsitzungsraum hat eine Fläche von 22:20 Meter und eine Höhe von 13 Meter. Die Bänke für die Abgeordneten sind nach dem Muster des alten Gebäudes in der Leipziger Straße in sieben Abteilungen, die durch schmale Gänge hintereinander getrennt sind, amphitheatralisch angeordnet. Sie ruhen mehrfach umgestellt und ergänzt werden, da der Reichstag ursprünglich nur 408 Abgeordnete umfaßte. Heute werden über 500 und dann 600 Volksvertreter gewählt. Ringsherum stehen die Tribünen für Publikum, Presse, die diplomatische Korps und Gäste des Präsidenten.

Das Gebäude besteht aus sechs Stockwerken. Im Kellerbereich liegen die Heizungs- und Lüftungsanlagen sowie die Bibliotheksräume. Das Erdgeschoss wird von den großen Eingangshallen eingenommen, von der Garderobe, von den Wartehallen, weiter sind ein Kranzsaal vorhanden, ein Turnsaal mit Dacheräumen, die Kassenkassette und die Kasse.

Gegen republikanische Beamte

Polizeipräsident Heißner beurlaubt - Die Amtshauptleute Genossen Rahmann, Schmidt und Müller ihrer Polizeigewalt entkleidet

Jetzt bekommen wir auch in Sachsen die Segnungen des neuen Regiments immer mehr zu spüren. In einem großen Teil unserer Auflage teilten wir bereits gestern mit, daß alle kommunistischen Versammlungen verboten sind, ebenso alle kommunistischen Druckschriften, so daß die kommunistische Wahlagitatorien vollkommen unterbunden ist. Wie wir gestern auch bereits mitteilten, wurde unser Zwickauer Parteiorgan, das sächsische Volksblatt in Zwickau, verboten. Auch unser Chemnitzer Parteiblatt, die Chemnitzer Volksstimme, wurde von einem Verbot betroffen. Außerdem hat jetzt auch die sächsische Regierung Maßnahmen gegen sozialdemokratische Beamte in leitenden Stellen ergriffen. Folgende Mitteilung wird in der bürgerlichen Presse verbreitet:

Am die tatkräftige Bekämpfung der kommunistischen Gefahr und die Durchführung der Anordnungen der Reichsregierung zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewalttätigkeiten überall zu gewährleisten, ist der Polizeipräsident Heißner in Leipzig, der der Sozialdemokratie angehört, bis auf weiteres beurlaubt worden. An seiner Stelle ist, wie wir hören, der Dresdener Polizeipräsident Dr. Salisch zur Führung der Geschäfte des Polizeipräsidenten in Leipzig bis auf weiteres abgeordnet worden. Seine Stellvertretung im Polizeipräsidentium Dresden liegt in den Händen von Oberregierungsrat Dr. Stenzenhauer.

Weiter erfahren wir, daß auch der Leiter des Kriminalamtes beim Polizeipräsidenten Leipzig, Oberregierungsrat Heiland, der im Reichsbanner tätig ist, bis auf weiteres von seinem Amte beurlaubt werden ist. In seiner kommissarischen Stellvertretung ist Oberregierungsrat Böhm vom

Kriminalamt Chemnitz an das Polizeipräsidentium Leipzig abgeordnet worden.

Außerdem wurden die Stellvertreter der Amtshauptleute in Rittau, Weichen und Chemnitz mit der selbständigen Erledigung der Polizeigeschäfte beauftragt.

In Rittau ist der Genosse Rahmann Amtshauptmann, in Weichen der Genosse Schmidt und in Chemnitz der Genosse Müller. Die sächsische Regierung wird vermutlich nicht behaupten wollen, daß irgendeiner der Beamten, gegen die jetzt vorgegangen wurde, in irgendeiner Beziehung ihre Pflicht nicht erfüllt haben. Wenn sie trotzdem von ihren Ämtern beurlaubt werden oder ihnen ihre polizeilichen Befugnisse genommen werden, so handelt die sächsische Regierung offenbar unter dem Druck der Reichsregierung, der sie wahrscheinlich keinen Anlaß geben will, neue Vorwürfe gegen die sächsische Regierung zu erheben. Die Reichsregierung hat bekanntlich bestritten, daß bei ihr die Absicht bestehe, für Sachsen einen Reichskommissar einzusetzen. Aber wahrscheinlich rechnet die sächsische Regierung doch sehr stark mit der Möglichkeit, daß ein solcher Reichskommissar doch kommt, wenn sie der Regierung Stiller-Baben-Göring irgendwelchen Anlaß zu Beanstandungen gibt.

Wir hoffen, daß die sächsische Regierung und die sächsische Polizei sich nicht damit begnügen werden, gegen die Kommunisten vorzugehen, sondern auch dafür sorgen werden, daß die Bevölkerung gegen Gewalttaten von allen Seiten in der notwendigen Weise geschützt bleibt.

Wo sitzen die Mordheker?

Echtung! Das darf e'n Nazib'ast schreien!

Das in Heilbronn a. N. erscheinende Naziorgan dürfte dieser Tage folgenden verbrecherischen Erguß veröffentlichen, ohne daß die für Ruhe und Ordnung verantwortlichen Instanzen bisher dagegen vorgegangen wären:

„An viele! Täglich laufen Briefe bei der Preisleitung der NSDAP ein, in denen ungeduldige Schreiber ihrer Enttäuschung darüber Ausdruck geben, daß den Heilbronner unbeschäftigten Widerstandern und vertriebenen Freunden des Führers und Reichsführers Hitler und seiner Bewegung immer noch erlaubt wird, ungefragt ihr Gift zu verspritzen, als ob nicht seit dem 30. Januar dieses Jahres eine neue Zeit angebrochen, sondern alles beim alten wäre. Besonders ungedulbig verlangen, daß ungeklärt mit dem Redar-Gesetz verfahren würde, wie es die Studenten mit der Berliner Kunstakademie gemacht haben: Anmarsch, Verhaftung, Entfernung aller unliebsamen Personen, Vernichtung ihrer Arbeitsräume usw. Andere Briefschreiber lassen durchblicken, daß sie das Redar-Gesetz nicht für das einzige abbaubare Unternehmen halten, und einige temperamentvolle Briefschreiber bezeichnen uns den Oberbürgermeister Heuringer als einen Mann, für dessen beschleunigtes Verschwinden wir zu sorgen hätten.“

Die Fülle solcher Zuschriften läßt es nicht zu, an eine Einzelbeantwortung zu denken. Die Preisleitung bittet deshalb die betreffenden Korrespondenten, ihre begreiflichen Aufmerksamkeitswünsche noch eine kurze Zeilung

zu äußern. Außerdem scheint es für die Grundsätzlichkeit der vorstehenden Abrechnung recht wertvoll, daß gewisse Leute unter dem Vorwand ihres Abnahmevermögens von dem kommenden Dinge ihre Selbstherrschung bis zu einem Grade verloren haben, daß sie sich voll Verneinung ganz aus sich herausgelassen und ihre ureigenste Wesenheit in jeglicher in Geburtslogischen zur Schau stellen. Bei dieser aus Verneinung geborenen Unbedachtsamkeit enthält sich noch mancher bisher vorsichtig Rückwärts als gemeinschaftlicher Betreuer, und die bereits von uns Angeforderten erhöhen ihr Strafregister.

Gemach also, ihr Ungebuldigen, die von euch erwartete Reinigung kommt in aller nächster Zeit. Die wenigen Nächte bis zum 5. März müßt ihr ruhig schlafen. Es gibt genug Leute, die der Schlaf bis dahin noch fliehen wird, allerdings ihnen das sanfte Kubelissen fehlt, das bekanntlich nur von einem guten Gewissen gestopft werden kann. Auf den Weg!

Es fand sich bisher kein behördliches Organ, das gegen diese Ausgeburt einer krankhaften oder verbrecherischen Phantasie eingeschritten wäre.

Aus aller Welt

Nord an einem Mädchen aufgeklärt

Altenburg, 1. März. Aus dem Gerstenbach wurde die Leiche der siebenjährigen Ethel Wesse aus Untermaßfeld geborgen. Jetzt ist unter dem Verdacht, den Nord an der Kleinen begangen zu haben, der Wogenleiter einer Altenburger Fischfirma verhaftet und ins Landgericht eingeliefert worden. Der Festgenommene soll das Mädchen in sein Auto gehoben und mit ihm davon gefahren sein; unterwegs, so nimmt man an, hat er das Kind erschossen, ist wieder nach Untermaßfeld gefahren und hat am Gemeindefeld gehalten, um den Leichnam heimzuführen. Dadurch sollte der Mord erwidert werden, daß das Kind in den Dorfstich gefallen und ertrunken sei. Der Führer ist jedoch bei seinem Wochabend gestört worden und eiltigt davon gefahren, um die Leiche an einer entfernteren Stelle in den trübigen Fluten des Gerstenbaches zu verwerfen. Ein Drohbrief an die Eltern des Kindes, in dem es heißt, daß er „die Polizei erwischt“ habe, ist darauf zurückzuführen, daß der Täter sein uneheliches Kind ermorde haben wollte und sich in der Person seines Opfers getäuscht hat.

„Vermittlung von Freundschaft“

Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte den Oberleutnant A. Sebeloch wegen Verbreitung ungeschriebener Schriften zu 200 R. Geldstrafe. Der Angeklagte ist der Leiter eines Instituts zur Vermittlung von Freundschaft, das „wagelose Begünstigung von Damen und Herren der besten Gesellschaft, anonym und discret, unter Ausschluss von Geldinteressen“, arrangiert. Um für sein Institut zu werben, hatte Sebeloch auf den Straßen im Westen Berlins Handzettel verteilen lassen, die den Gegenstand der Angeklagte bildeten.

Amtsdirektor als Kreditfahndler

Die Berliner Staatsanwaltschaft hat gegen den bisher bei der Grundbuchabteilung beim Amtsgericht Berlin-Mitte beschäftigten Amtsdirektor Paul R. Anklage wegen Betrugs und Kreditfahndlung erhoben. Der Amtsdirektor hat gemeinsam mit zwei Justizinspektoren für einen anderen Justizangestellten eine Freundschaft übernommen. Die dem Roter gemachte Freundschaftserklärung enthält u. a. die Versicherung, daß die Gehälter der Bürger weder verpfändet noch abgetreten seien. Als sie später die Bürger haftbar gemacht werden sollten, stellte sich heraus, daß auch bei ihnen - ebenso wie bei dem Kreditnehmer - eine Pfändung fruchtlos ausgefallen war, weil ihre Gehälter schon vorher verpfändet worden waren. Die Direkt durch den zahlungsunfähigen Kreditnehmer und indirekt durch den Amtsdirektor und die beiden Justizinspektoren geschädigte Genossenschaft erstattete Anzeige.

Im Bunde mit dem Teufel

Breslau, 28. Februar. Ein Gerzugu unglaublicher Fall von Aberglauben ereignete sich in der Ortsgemeinde Dubina in der Slowakei. Bei dem Landwirt Wela erschien eines Tages eine Dämonin, die ihm verschiedene „Sondermittel“ zum Kauf anbot, durch die alles Unglück von ihm und seinem Haus abgewendet würde. Der Landwirt ließ sich zum Kauf bewegen, doch erschien die Dämonin in kurzer Zeit wieder und verlangte Geld, Kleider und Nahrungsmitel. Als sich der Landwirt weigerte, erklärte die Dämonin, sie sei mit dem Teufel im Bunde und werde durch ihn die Familie ausrotten lassen, wenn sie kein Geld bekomme. Von nun an erschien sie und ihre Schwefel regelmäßig durch drei Jahre hindurch, und es gelang ihnen, stets unter der Drohung, daß sie mit dem Teufel im Bunde seien, vom Landwirt Geld, Kleider und Nahrungsmitel zu erhalten. Der Landwirt vollkommen ruiniert wurde. Jetzt erfuhr von der Sache die Genarmee; sie verhaftete die beiden Dämoninnen.

Im Hauptgeschoss darüber liegt der Plenarsaal mit seinen Wandelhallen. Die große Wandelhalle im Westen ist flankiert von den Restaurationsräumen, der Post, dem Lesesaal. Nach dem Brandenburger Tor zu liegen die Zimmer für die Minister, den Reichstagspräsidenten und den Reichsrat.

Vom Zwischengeschoss aus gelangt man auf die Tribünen des Sitzungssaals. Hier liegen die Arbeitszimmer der Presse und die der Regierung.

Im ersten Obergeschoss liegen die Fraktionen. Hier sind die Fraktionsbüros und einige Verwaltungsräume. Im 2. Obergeschoss liegen keine Arbeitszimmer für die Abgeordneten, ein Raum ist oft für vier bis sechs Abgeordnete bestimmt.

Die größte politische Bibliothek

Wenig Platz ist, so gewaltig der Bau erscheint, für die Bibliothek des Reichstags. Sie wurde geschaffen, damit die Abgeordneten sich ihr Material nicht erst mühsam in allen Bibliotheken der Stadt zusammensuchen müssen. Schließlich über kamen 320 000 Bände zusammen. Der Reichstag enthält heute die größte politische Bibliothek Deutschlands. Jährlich kommen rund 10 000 Bände neu hinzu. Im Jahre 1929, als man noch Geld hatte, dachte man an einen Neubau neben dem Reichstagsgebäude für die Bibliothek und für die Arbeitszimmer der Abgeordneten. Diese Pläne sind natürlich längst hinfällig. Vom Keller bis zum Dach sind jetzt die Stellungen und Bücher des Reichstags in allen nur möglichen Räumen und auf engstem Platz verteilt.

Leere Gänge

Einsam und verlassen liegt das Reichstagsgebäude, wenn nicht gerade Sitzung ist. Außer den Angestellten des Reichstags und der Fraktionen fanden sich nur nachmittags zu den Führungen Besucher ein, meistens aus dem Ausland. Für 50 Pfennig wird das Gebäude gegiegt. Spät am Nachmittag schließen dann auch die Türen, die im Reichstag arbeiten. Nur die Wächter bleiben.

So konnte der Brand des Reichstagsgebäudes wenigstens kein Verhängnis zu Gefahr bringen, die in den schmalen Gängen, in denen sich der neue Reichstagsabgeordnete noch nach Wochen verläuft, leicht verloren gewesen wären. Von der schmalen eisernen Wandelhalle bis zur breiten, teppichbedeckten Rammentreppe findet man im Reichstagsgebäude jede Form und jedes Format. Ebenso wie man von der riesigen fuppelbedeckten Wandelhalle bis zum schmalen Korridor, vom dunkelgepolierten, gemaldeförmigen Saal bis zum düsteren „Küchlein“ jedes Art von Kufenkabinen findet. Diese Vielfalt ergab beim Bau die enormen Schwierigkeiten an der Fassade und im Gebäude durch die notwendige Bodenverbindung der Säulen- und Giebelunterstützungen. Professor Dr. Hübner.

